

*Stephan Krüger*

## **Das Wertgesetz in der kapitalistischen Marktwirtschaft**

### **Theoretische Anmerkungen und empirische Illustrationen**

Unzweifelhaft gibt es seit einigen Jahren so etwas wie eine Renaissance des Interesses an der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie, ablesbar an – nach langer Zeit wieder – verstärkten Diskussionen um das Marxsche ‚Kapital‘ in einer internationalen Dimension. Die Hintergründe dafür liegen auf der Hand. Nach einem Jahrzehnt der Desorientierung und des Attentismus linker Theoriebildung nach dem Zusammenbruch des sog. Realsozialismus hat sich für Viele deutlich offenbart, dass der Siegeszug von Kapitalismus und neoliberaler Wirtschaftstheorie alles Andere als überzeugende Ergebnisse gebracht hat; mehr noch, in vielen Bereichen und Aspekten stehen Wirtschaft, Gesellschaft und ihre theoretischen Paradigmen ärmer und armseliger da als vor 1990.

Dies sind wahrlich Gründe genug, um wieder verstärkt aus der Deckung hervor zu treten und Beiträge zu grundlegenden Fragestellungen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zur Diskussion zu stellen. Denn auch die gegenwärtige Renaissance der Beschäftigung mit Marx kreist zu einem Gutteil um bekannte ungelöste Frage- und Problemstellungen mit dem Wertbegriff als Zentralkategorie. Zum einen geht es hierbei – immer noch und immer wieder – um das Verständnis bestimmter Passagen des Marxschen ‚Kapital‘, zum anderen um die Aufgabe der Weiterentwicklung und Komplettierung von Marx nicht geleisteter bzw. auf Grund historischer Schranken nicht leistbarer Kategorienbildung, schließlich der Anwendung der Theorie zur Analyse der Wirklichkeit. Zu allen drei Aufgabenbereichen soll nachfolgend anhand ausgewählter Beispiele Stellung genommen werden.

#### ***1. Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff***

Mit seiner Kritik der politischen Ökonomie beanspruchte Marx eine systematische Darstellung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise gegeben zu haben und, da der Schlüssel zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaftsformation in der Ökonomie liege, den Kern einer umfassenden Gesellschaftstheorie der bürgerlich-kapitalistischen Epoche formuliert zu haben. Mehr noch: da die bürgerliche Gesellschaftsformation als historisch gewordene Form Einsichten in die systematische Struktur vorbürgerlicher Gemeinwesen gibt sowie Schatten auf mögliche nachfolgende Gesellschaften wirft, beinhaltet die Kritik der politischen Ökonomie zugleich den Schlüssel für die Wissenschaft der Geschichte, von der, so Marx' Selbstverständnis, schließlich alle gesellschaftswissenschaftlichen Einzeldisziplinen nur Bestandteile bilden.

Die Fundamentalkategorie der Kritik der politischen Ökonomie ist die Arbeit in ihrer historisch bestimmten Form. Dass es die menschliche Arbeit ist, die die bestimmende, aktive Rolle bei der Aneignung äußeren Natur spielt, indem sie den Naturstoff umformt, Produkte schafft und auf die Bedürfnisse der Menschen bezieht, ist eine Erkenntnis, die erst auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entspringt, weil erst in dieser Gesellschaftsform Arbeit als solche in der tagtäglichen Praxis wahr geworden ist und auch so erscheint – nicht mehr bloßes Element der gesellschaftlichen Aktivität neben anderen (z.B. Krieg führen) wie in naturwüchsigen

Gemeinwesen oder verquickt mit und überlagert durch persönliche Über- und Unterordnungsverhältnisse wie in den Auflösungsformen derselben (Sklaverei, Feudalismus).<sup>1</sup>

Dass das Gemeinsame aller verschiedenen Arbeitsarten, menschliche Arbeit als qualitativ gleiche Substanz zu sein, zur spezifisch gesellschaftlichen Bestimmung der Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise wird, konstituiert die sozialen Verhältnisse der Menschen als Wertverhältnisse. Dies bedeutet: Der gesellschaftliche Stoffwechsel der Menschen wird durch Austauschverhältnisse von Waren geregelt, die Subjekte erhalten die Bestimmtheit als freie und gleiche, nur sachlich voneinander abhängige Personen und ihre gesellschaftlichen Beziehungen erscheinen als gesellschaftliche Beziehungen von Sachen. Das aus diesen sozialen Verhältnissen entspringende Bewusstsein der Menschen reflektiert diese reale Verkehrung so, dass sie als private Einzelne ihre Energie und Produktivität in historisch vorher nicht gekannter Weise entfalten und auf dem Markt durch den Austausch ihrer Produkte belohnt werden. Die Ökonomie erscheint so als eine selbstregulative Gesellschaftssphäre, in der Jeder Alles nach Maßgabe seiner Anstrengungen erreichen kann, Aneignungsakte nur durch Entäußerung gleicher Werte getätigt werden und außerökonomische Macht nur die Rahmenbedingungen und Spielregeln des Marktes zu gewährleisten hat, um das größte Glück der größten Zahl von Marktteilnehmern zu erzielen.

Der allseitige Warenaustausch als erste, abstrakte Totalität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist jedoch nur die oberflächliche Sphäre, die die wirkliche Aneignung in der Produktion vermittelt und deren Bedingungen zugleich versteckt. Die Verausgabung der Arbeit vollzieht sich als Verausgabung produktiver Arbeit unter der Herrschaft des Kapitals und ist solcherart daran gebunden, dass Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten und Ableistung unbezahlter Arbeit stattfindet, die von den Repräsentanten des Kapitals angeeignet wird. Äquivalenter Austausch von Waren auf dem Markt schließt somit das kapitalistische Aneignungsgesetz als dessen beständiges Gegenteil ein, die produktive, Mehrwert produzierende Arbeit ist das Reproduktionsagentium des sozialen Verhältnisses von Arbeiter und Kapitalist als antagonistisches Klassenverhältnisses, das aber von den beteiligten Personen nur punktuell als solches erfahren wird und im Bewusstsein nur abwechselndes Moment gegenüber den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten der Gleichen und Freien ist. Gäbe es nicht diese immanente Mystifikation des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses, besäße die kapitalistische Produktionsweise nicht ihre eigentümliche Stabilität und Festigkeit sowie ihre die Fähigkeiten der Einzelnen anspornende Energie.

---

<sup>1</sup> Vgl. Marx, Grundrisse S. 24 f.: „Arbeit scheint eine ganz einfache Kategorie. Auch die Vorstellung derselben in dieser Allgemeinheit – als Arbeit überhaupt – ist uralte. Dennoch, ökonomisch in dieser Einfachheit gefasst, ist „Arbeit“ eine ebenso moderne Kategorie, wie die Verhältnisse, die diese einfache Abstraktion erzeugen. (...) Es war ein ungeheurer Fortschritt von Adam Smith jede Bestimmtheit der reicherzeugenden Tätigkeit fortzuwerfen – Arbeit schlechthin, weder Manufaktur-, noch kommerzielle, noch Agrikulturarbeit –, aber sowohl die eine wie die andre. (...) Nun konnte es scheinen, als ob damit nur abstrakte Ausdruck für die einfachste und uralteste Beziehung gefunden, worin die Menschen – sei es in welcher Gesellschaftsform immer – als produzierend auftreten. Das ist nach einer Seite hin richtig. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist. So entstehen die allgemeinsten Abstraktionen überhaupt nur bei der reichsten konkreten Entwicklung, wo Eines vielen Gemeinsam erscheint, allen gemein. Dann hört es auf, nur in besonderer Form gedacht werden zu können. Andererseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andre übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist. Die Arbeit ist hier nicht nur in der Kategorie, sondern in der Wirklichkeit als Mittel zum Schaffen des Reichtums überhaupt geworden, und hat aufgehört als Bestimmung mit den Individuen in einer Besonderheit verwachsen zu sein.“

Mit dem beständigen scheinbaren Umschlag der Aneignungsgesetze durch Äquivalententausch und unbezahlter – „nicht-äquivalenter“ – Aneignung von Werten, hervorgebracht und beständig reproduziert durch Arbeit im Sinne produktiver, Mehrwert schaffender Arbeit beschreibt Marx den grundlegenden Strukturzusammenhang der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als Zusammenhang zwischen ökonomischen Formbestimmungen, sozialen Beziehungen und Bewusstseinsformen. Da es sich hierbei um Ausgestaltungen und Resultate gesellschaftlicher Arbeit handelt, markiert diese den Systembegriff zur Beschreibung und Entschlüsselung der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>2</sup>

## 2. Gebrauchswert und Arbeit

Ausgangspunkt der Marxschen Analyse der Ware, jener Elementarform des bürgerlich-kapitalistischen Reichtums, bildet bekanntlich die Bestimmung ihres Gebrauchswerts. Dieser ist ‚zunächst‘ ein materielles Ding mit von der Gesellschaft erkannten nützlichen Eigenschaften, die direkt (als Konsumtionsmittel) oder indirekt (als Produktionsmittel) menschliche Bedürfnisse irgendwelcher Art befriedigen (vgl. MEW 23, 49). Zu vergegenwärtigen sind sich hierbei zwei miteinander zusammenhängende Eingrenzungen, nämlich erstens die von den Subjekten vorgenommene Nützlichkeitsbewertung und zweitens die von Marx vorgenommene Eingrenzung auf materielle Güter. So sehr die Entdeckung der Gebrauchsweisen der Dinge „*geschichtliche Tat*“ ist (vgl. *ib.*, 50) und stets innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse geschieht, so sehr ist die Nützlichkeitsbewertung eines Dinges ein individueller Akt, eine Beziehung zwischen dem Bedürfnis eines Menschen und eben jenem Ding als Gebrauchswert. Es gibt in diesem Sinne keine Nützlichkeit an sich oder als solche. Es gibt nur, um ein Ding nicht nur zufällig, sondern gewohnheits- und regelmäßig zu einem Gebrauchswert zu machen, eine Vielzahl gleichartiger oder ähnlicher Nützlichkeitsbewertungen von einzelnen Individuen. Zweitens ist der Gebrauchswert zunächst „*ein äußerer Gegenstand, ein Ding*“ (*ib.*, 49), weil jeder bedürftige Mensch erst essen, sich kleiden und wohnen muss, bevor er kritischen Gedanken nachhängen kann. Das einfache materialistische Prä des Materiellen gegenüber dem Immateriellen (Dienstleistungen) ist also insofern gültig, als die Qualifizierung von Diensten als (immateriellen) Gebrauchswerten die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung voraussetzt, also ebenfalls ein in historischer Dimension sich vollziehender Prozess ist, in der sich das gesellschaftliche System der Bedürfnisse und der Arbeitsarten bzw. Gebrauchswerte entwickelt. Damit wird auch die „zunächst“ vorgenommene und ganz allgemein immer richtig bleibende Eingrenzung der Gebrauchswerteigenschaft auf materielle Dinge durch einen massenhaften, gleichwohl von den einzelnen Subjekten bewusst vorgenommenen Bewertungsprozess auf als nützlich nachgefragte Dienstleistungen erweitert.

---

<sup>2</sup> Vgl. MEW 23, 609 f: „Der Austausch von Äquivalenten, der als die ursprüngliche Operation **erschien**, hat sich so gedreht, daß nur zum Schein ausgetauscht ausgetauscht wird, indem erstens der gegen Arbeitskraft ausgetauschte Kapitalteil selbst nur ein Teil des ohne Äquivalent angeeigneten fremden Arbeitsproduktes ist und zweitens von seinem Produzenten, dem Arbeiter nicht nur ersetzt, sondern mit neuem Surplus ersetzt werden muß. Das Verhältnis des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter wird also nur ein dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein, bloße Form, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystifiziert. Der beständige Kauf und Verkauf der Arbeitskraft ist die Form. Der Inhalt ist, daß der Kapitalist einen Teil der bereits vergegenständlichten fremden Arbeit, die er sich unaufhörlich aneignet, stets wieder gegen größeres Quantum lebendiger fremder Arbeit umsetzt. Ursprünglich erschien uns das Eigentumsrecht gegründet auf eigne Arbeit. Wenigstens musste diese **Annahme** gelten, da sich nur gleichberechtigte Warenbesitzer gegenüberstehen, das Mittel zur Aneignung fremder Ware aber nur die Veräußerung der eignen Ware, und letztere nur durch Arbeit herstellbar ist. Eigentum erscheint jetzt auf Seite des Kapitalisten als das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters als Unmöglichkeit, sich sein eignes Produkt anzueignen. Die Scheidung zwischen Eigentum und Arbeit wird zur notwendigen Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer Identität ausging.“ (Herv. – d. Verf.)

Während bei materiellen Produkten mit diesen Erläuterungen die Gebrauchswerteigenschaft hinreichend bestimmbar ist, ist die Identifikation des „stofflichen Reichtums“ mit Bezug auf die Dienstleistungen noch unvollständig. Etliche Dienstleistungen sind nicht nur losgerissene und zu eigenen Arbeitsarten verselbstständigte Funktionen des materiellen Produktionsprozesses, sondern haben ihren Gegenstand und Bezug in Zirkulationsoperationen. Zirkulationsoperationen sind ex definitione all jene in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess eingeschlossenen Tätigkeiten, die der Form des Produkts als Ware, d.h. Marktprozessen und Geldoperationen geschuldet sind und somit den (materiellen) Gebrauchswert nicht betreffen bzw. vermehren.

In die Begriffsbestimmung des stofflichen Reichtums geht also die Unterscheidung zwischen Produktion und Zirkulation ebenso konstitutiv ein wie die historisch-gesellschaftlich von den Subjekten bewertete Nützlichkeit von materiellen Dingen und Tätigkeiten. Dies bedeutet: Nützlich ist eine beliebige konkrete Arbeitsart nur dann, wenn sie an der Erstellung des materiellen Reichtums beteiligt oder, als Dienstleistung, die Gebrauchswerte vermehrt.

Auf dieser Grundlage ergibt sich der Rückschluss auf Arbeit. Der stoffliche Reichtum, unabhängig von der spezifisch gesellschaftlichen Form, in der er z.B. als Warensammlung im Kapitalismus auftritt, stellt sich dar als Resultat einer Totalität konkreter Arbeitsarten, welche die Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit ebenso wie die Herstellung materieller Produkte und Erbringung von Dienstleistungen (außer Zirkulationsoperationen) einschließt. Wie immer die konkret-nützliche Gesamtarbeit in der Produktionsstätte oder innerhalb der Gesellschaft (Gesamtwirtschaft) auf die einzelnen Arbeitskräfte verteilt sein mag, ihr gemeinschaftliches Werk ist die Aneignung der äußeren Natur und die Umformung ihrer Substanzen zu einer Totalität nützlicher Produkte oder Gebrauchswerte.

### ***3. Gesellschaftliche Arbeit und Wertbestimmung***

Im Kapitalismus sind die Gebrauchswerte stoffliche Träger der Tauschwerte (Werte), jener zweiten Bestimmung, die dem Produkt allererst seinen gesellschaftlichen Charakter als Ware gibt. Hält man sich vor Augen, dass die Gebrauchswerteigenschaft Bedingung, weil Träger des Werts einer Ware ist und jeder Gebrauchswert das zusammengesetzte Produkt von Natursubstrat und konkret-nützlicher Arbeit darstellt, verlieren Wertabstraktion und Wertbestimmung viel von ihrer „modernen“ Strittigkeit. Wertschaffend kann menschliche Arbeit nur sein, wenn sie auch einen Gebrauchswert produziert hat, also sich als konkret-nützliche Arbeit bewährt hat.

Der Wert der Ware hat dennoch nichts mit ihrem Gebrauchswert zu schaffen, weil er das Austauschverhältnis zweier (notwendig) verschiedener Waren als Äquivalenz- oder Gleichheitsverhältnis reguliert. Allerdings ist diese Regulation versteckt und seitens der beteiligten Akteure mit jeweiligen Nutzenkalkülen überlagert bzw. durch diese motiviert. Daher lässt sich die Wertbestimmung auch nur für sich fixieren, wenn von den Warenbesitzern und ihrem Bewusstsein, ihren Vorstellungen und Motiven – zunächst – abgesehen wird, also das Austauschverhältnis der Waren als solches betrachtet wird. „Objektiver“ Wert heißt also nur, dass die Waren neben ihrer Eigenschaft als Gebrauchswerten Wert unabhängig von den Vorstellungen und Motiven der handelnden Personen besitzen und der den Waren als solchen zukommt. Der Vollzug der Wertabstraktion geschieht durch das Gleichsetzen zweier Waren im Austauschverhältnis, zu der zwar Handeln der beteiligten Personen vorausgesetzt ist, aber nicht als intentional auf das Wertsein der Ware bezogenes Handeln: „*Die Menschen beziehen*

*als ihre Arbeitsprodukte nicht aufeinander als Werte, weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartiger menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen es nicht, aber sie tun es“.* (vgl. ib., 88) Marx bezeichnet dieses Handeln daher als unbewusst. Erst durch dieses unbewusste Tun schaffen die Personen gesellschaftliche Verhältnisse, d.h. Verhältnisse des Warenaustausches, in denen sie sich auch bewusst verhalten, an den quantitativen Austauschproportionen interessiert sind und diese mit ihren Nutzenpräferenzen abgleichen. Bewusstsein entsteht innerhalb und durch via Handeln geschaffener gesellschaftlicher Verhältnisse von Sachen, die aber nicht intentional geschaffen oder gar gestaltet wären, vielmehr als unbegriffene Gesellschaftsverhältnisse die Grundlage abgeben für die Entwicklung der bewussten Kalküle der Beteiligten. Reproduktion dieser Verhältnisse erfolgt durch beständige Wiederholung bewusster Handlungen, die gleichzeitig die nicht bewusst geschaffenen Rahmenbedingungen derselben immer wieder erzeugen.

An der Werteigenschaft der Waren kristallisieren sich sachlich-gegenständlich diese Verhältnisse, die in gesamtwirtschaftlicher Dimension die Existenz gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die handelnden Personen als voneinander unabhängige Private bezeichnen: sachliche Abhängigkeit persönlich Unabhängiger. In diesem Sinne kommt die Werteigenschaft den Waren substanziell, d.h. als solchen zu; man mag dies dann als „substanzlogische“ Wertbestimmung bezeichnen. Jede andere Fassung als diese „substanzlogische“ Wertbestimmung ignoriert aber den fundamentalen Sachverhalt eines doppelt, d.h. unbewusst-bewusst bestimmten Handelns und eskamotiert die *differentia specifica* der Marxschen Gesellschaftstheorie.

Mit der Abstraktion vom Gebrauchswert der Waren auf ihre Werteigenschaft oder Wertgegenständlichkeit ist eo ipso die Abstraktion von der konkret-nützlichen Form der Arbeitsverausgabung auf gleiche, abstrakt-menschliche Arbeit vollzogen als das Gleiche und Gemeinsame aller Arbeitsarten.<sup>3</sup> Als Schöpferin des Warenwerts ist die Gleichheit aller verschiedenen konkret-nützlichen Arbeiten zugleich die spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit in einer Produktionsweise verallgemeinerter Warenproduktion. Sie bringt zum Ausdruck, dass die gesellschaftliche Gesamtarbeit arbeitsteilig in privater Form, d.h. die Einzelarbeiten unabhängig voneinander in konkret-nützlicher Form verausgabt wurden und sich erst post festum im Austausch ihrer Produkte als Waren nach Maßgabe der Realisierung des Warenwerts als gesellschaftliche Arbeit erweisen.

Mit diesem Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, nach Marx dem ‚Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht‘ (vgl. ib., 56) ist auch in quantitativer Hinsicht Entscheidendes formulierbar: Das Maximum an Wertschöpfung, vergegenständlicht im stofflichen Reichtum der Warensammlung, wird durch das Gesamtpotential der produktiven, d.h. Gebrauchswerte und Werte schaffenden Arbeit beschrieben. Ausgeschlossen sind neben den Tätigkeiten, die nicht als Waren auf den Markt gelangende Produkte herstellen auch jene Arbeiten, die in Dienstleistungen verausgabt werden, die keine Gebrauchswerte schaffen, sondern Zirkulationsoperationen durchführen. Gelingt es, mit einem geringeren Anteil der gesamtwirtschaftlich disponiblen Arbeitszeit die der Warenform des Produkts

---

<sup>3</sup> Vgl. Marx, Das Kapital, Bd. 1, 1. Aufl., in: MEGA II/5, S. 26 f: „... daß in der Waare zwar nicht zwei verschiedene Sorten Arbeit stecken, wohl aber **dieselbe** Arbeit verschieden und selbst entgegengesetzt bestimmt ist, je nachdem sie auf den **Gebrauchswert** der Waare als ihr **Produkt** oder auf den **Waaren-Wert** als ihren bloß **gegenständlichen** Ausdruck bezogen wird. Wie die Waare vor allem Gebrauchswert sein muß, um Wert zu sein, so muß die Arbeit vor allem nützliche Arbeit, zweckbestimmte produktive Thätigkeit sein, um als **Verausgabung menschlicher Arbeitskraft** und daher als **menschliche Arbeit** schlechthin zu zählen.“ (Herv. im Original)

und der Geldvermittlung des Austauschs geschuldeten Prozesse durchzuführen, steht mehr Arbeit für produktive Verwendungen zur Verfügung. Aus diesem Umstand schöpfte Marx seine Vision eines die sog. „faux frais“ der kapitalistischen Produktionsweise vermeidenden Kommunismus, der freilich die Überwindung der Warenform des Produkts und der Ware-Geld-Beziehung als Vermittlung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, kurz: die Negation marktvermittelter Allokation durch Überwindung der ökonomischen Knappheitsbeziehungen zur Bedingung hätte.

Nach der quantitativen Seite ist die doppelt als Wert- und Gebrauchswertbildnerin charakterisierte Arbeit durch mehrere Ausgleichsprozesse bestimmt. Für jeden Augenblick bzw. gegebene Zeiträume gilt ein bestimmtes Maß der Verausgabung von menschlichem Hirn, Nerv, Muskel, Hand etc. als gesellschaftlich notwendig; drei verschiedene Bestimmungsgründe, die ebenso viele Ausgleichsprozesse zwischen den Einzelarbeiten einschließen, sind hier zu unterscheiden:

*Erstens* wird dieses gesellschaftlich notwendige Maß nach dem Durchschnittsgrad des subjektiven Geschicks des Arbeitenden sowie der objektiven Beschaffenheit seiner Produktionsbedingungen – sowohl der natürlichen wie der durch Arbeit erzeugten – reguliert. Das Zusammenspiel dieser den konkreten Produktionsprozess beschreibenden subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen bestimmt die stoffliche Ausbeute der Produktion während gegebener Zeiträume. Diese Produktivkräfte bestimmen somit den Wert der einzelnen Ware, insofern sie den Divisor festsetzen, mit dem die pro Zeiteinheit geschaffene Wertgröße zu teilen ist, um den auf die einzelne Ware entfallenden Teil zu erhalten.

*Zweitens* wird das gesellschaftlich notwendige Maß des Arbeitsaufwandes durch die Intensität der Verausgabung der Arbeit bestimmt. Im Unterschied zur Produktivkraftveränderung der Arbeit geht es bei ihrem Intensitätswechsel nicht um die Verteilung eines gleichbleibenden Arbeitsquantums auf eine wechselnde Zahl von Gebrauchswerten, sondern um die Veränderung des Quantums verflüssigter Arbeit innerhalb gegebener Zeiteinheiten selbst. Somit wechselt das Wertquantum pro Zeiteinheit und mit ihm das Gebrauchswertquantum in derselben Proportion.

*Drittens* schließlich unterstellt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit eine jeweils gegebene Stufenleiter von Qualitäts- oder Komplexitätsniveaus der Arbeit mit der von Marx so genannten „einfachen Durchschnittsarbeit“ als Basis für verschiedene Grade komplizierter Arbeit. Das Komplexitätsniveau der Arbeiten wird namentlich bestimmt durch die jeweiligen Ausbildungs- und Qualifizierungsprozesse der Arbeit in einer gegebenen Gesellschaft; im weiteren treten Abweichungen zwischen einzelnen Arbeiten hinzu, die als gesellschaftliche Kompensationsgründe anerkannt sind. Überdurchschnittlich qualifizierte Arbeiten schaffen einen höheren Wert pro Zeiteinheit als die einfache Durchschnittsarbeit.

Soweit es sich bei komplizierten Arbeiten nur um aktuell überdurchschnittlich produktive und/oder intensive Arbeiten handelt, wird nur ein vorübergehender Zustand der Anpassung oder Neuadjustierung der einfachen Durchschnittsarbeit bezeichnet. Nur ein dauerhaft höheres Qualifikationsniveau – und als solches beständig reproduziertes höheres Niveau – erbringt eine dauerhafte höhere Bewertung der wertschöpfenden Potenz der Arbeit. Da komplizierte Arbeit höher bezahlt wird bzw. Entgeltstrukturen sich nach Anforderungs- und Leistungsbezügen der Arbeit richten, können die Lohndifferenziale gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnittslohn als Indikatoren für die Zusammensetzung des produktiven Gesamtarbeiters bzw. als Reduktionskoeffizienten der komplizierten Arbeiten gelten.

Die durch durchschnittliche Produktivität und Intensität sowie nach qualitativer Zusammensetzung näher bestimmte produktive Gesamtarbeit stellt das in jeder Periode aktivierbare maximale Wertschöpfungspotential der Gesamtwirtschaft dar. Obwohl Produktivität und Intensität der Arbeit längerfristig steigen, erbringt das konsolidierte Durchschnittsniveau einer Zeitperiode (Konjunkturzyklus) jeweils dasselbe Wertquantum pro Zeit als Maßeinheit: „*Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße...*“ (ib., 61) Bei dem Einfluss der Produktivkraft versteht sich dies von selbst; aber auch eine Steigerung des durchschnittlichen Intensitätsgrades der Arbeit sowie ein langfristiger Anstieg des Komplexitätsgrades der einfachen Durchschnittsarbeit zählen im Innern eines (nationalen) Reproduktionsprozesses nicht als extensive Größen mit Bezug auf die Wertbildung: „Steigerte sich die Intensität der Arbeit in allen Industriezweigen gleichzeitig und gleichmäßig, so würde der neue höhere Intensitätsgrad zum gewöhnlichen gesellschaftlichen Normalgrad und hörte damit auf, als extensive Größe zu zählen.“ (ib., 548)<sup>4</sup> Längere historische Perioden miteinander verglichen, tut sich hier also eine Differenz zwischen den Bedingungen der Arbeitsverausgabung (Belastungsfaktoren der Arbeiter) und dem gesellschaftlichen Maß der Wertschöpfung auf. Nur bei der qualitativen Zusammensetzung der produktiven Gesamtarbeit – ausgenommen die nur zeitweiligen Abweichungen in Produktivität und Intensität im Rahmen der Herstellung neuer Durchschnittsverhältnisse – ist dies anders: im Maße wie sich der *Anteil* komplizierter Arbeit im Verhältnis zu der – selbst variablen – einfachen Durchschnittsarbeit erhöht, ergibt sich eine dauerhafte Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wertgröße mit numerisch gleich bleibender Arbeiteranzahl bzw. gleich bleibendem Stundenvolumen.

Gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand ist jedoch nicht nur Arbeitsverausgabung mit durchschnittlicher Produktivität und Intensität sowie gegebener Zusammensetzung nach einfacher und komplexer Arbeit, sondern nur und insoweit notwendiger Arbeitsaufwand, sofern er in gesamtwirtschaftlich proportioniertem Umfang in der Produktion entsprechender Waren vergegenständlicht wurde. Diese zweite Bestimmung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, die für die Marxsche Werttheorie – im Unterschied zu dem Wertbegriff Ricardos und auch im Unterschied zu den mit der Gleichgewichtshypothese operierenden Theoretikern der linearen Produktionstheorie im Anschluss an Sraffas System – eigentümlich ist (vgl. Rubin 1973, 152 ff.), führt allererst die Nachfrageseite in die wertgesetzliche Regulierung ein und ermöglicht eine die herkömmlichen Pfade der Gleichgewichts- bzw. Ungleichgewichtstheorie verlassende makroökonomische Preistheorie. Da in jedem Augenblick die Verteilung der gesellschaftlich produktiven Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionszweige und produzierten Waren nur ganz zufällig – praktisch nie – mit der Struktur der gesamtwirtschaftlichen zahlungsfähigen Nachfrage identisch ist, ergeben sich beständige Inkongruenzen zwischen Angebotspreisen und realisierten Preisen. Durch deren beständige Bewegung wird die (gesamtwirtschaftliche) Wertgröße ex post, im Durchschnitt einer verflochtenen Bewegung von Preisen, ermittelbar. Inwieweit die Gesamtheit der Produzenten die aus dieser prozessierenden Bewegung der Marktpreise entspringenden Verluste an verausgabter, jedoch nicht preislich vergüteter und daher als gesellschaftlich notwendig anerkannter Arbeitszeit minimieren können, hängt von der Flexibilität des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses und der Anpassungsfähigkeit und Reaktionsgeschwindigkeit der einzelnen Anbieter ab; Elastizität des Markt- und Preissystems, Unternehmensstruktur sowie Leistungsfähigkeit des Kredit- und Bankensystems sind weitere wesentliche Einflussfaktoren.

---

<sup>4</sup> Die vorgenommene Einschränkung mit Bezug auf die binnenwirtschaftliche Wertschöpfung ist wichtig, denn Marx fährt fort: „*Indes bleiben selbst dann die durchschnittlichen Intensitätsgrade der Arbeit bei verschiedenen Nationen verschieden und modifizierten daher die Anwendung des Wertgesetzes auf unterschiedne Nationalarbeitstage. Der intensivere Arbeitstag der einen Nation stellt sich in höherem Geldausdruck dar als der minder intensive der andren.*“ (Ib.) Wir kommen hierauf in Punkt 9 zurück.

Gemeinhin wird aus diesem Umstand auf immanente Vergeudungen an verausgabter Arbeit geschlossen. Es muss aber deutlich unterschieden werden: Nur wenn sich die Marktpreisbewegungen an den einzelnen Märkten systematisch und gesamtwirtschaftlich in eine Richtung verdichten, so dass sie eine ständig sich steigernde Verselbstständigung der zusammengehörigen Teilprozesse anzeigen, die nur gewaltsam, d.h. durch eine Krise wieder zurückgeführt werden kann, ist es berechtigt, von einer immanent-systematischen Vergeudung von verausgabter Arbeit zu sprechen. In der Tat ist dies der Fall innerhalb des kapitalistischen Akkumulationsprozesses mit seinen regelmäßig-gesetzmäßig auftretenden zyklischen Krisen und einer in der langen Frist sich geltend machenden Tendenz ihrer Verschärfung. Gelänge es hingegen, bei Beibehaltung der marktförmigen Vermittlung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses mithilfe einer öffentlich-politischen Steuerung der Akkumulation die Verdichtung der der Marktwirtschaft inhärenten Friktionen zu gesamtwirtschaftlichen Krisen zu vermeiden, würden die Entwertungsprozesse von Waren und Produktionsmitteln (Kapital) auf ein solches Maß beschränkt, welches bei einem indirekten Charakter der gesellschaftlichen Arbeitsverausgabung per se unvermeidbar ist.

Der Unterschied zwischen beiden Konstellationen liegt also nicht bei der allokativen Funktion der Ware-Geld-Beziehung, sondern dem unterliegenden Produktionsverhältnis. Im ersten Fall handelt es sich um private, unabhängig voneinander betriebene Produktionsprozesse, die unter der Perspektive des kapitalistischen Verwertungskalküls ablaufen, im anderen Fall um unabhängig voneinander betriebene Produktionen, die sowohl einzelwirtschaftlich mit Bezug auf die Unternehmensziele als auch gesamtwirtschaftlich durch eine gesellschaftliche Steuerung der Akkumulation eine ex-ante Vergesellschaftung und Vermittlung aufweisen.

Die Beschaffenheit dieser ex-ante Vergesellschaftung und Vermittlung ist wesentlich: Es werden Rahmendaten und strategische Zielgrößen der gesamtwirtschaftlichen Akkumulation gesetzt, die durch die einzelwirtschaftliche Aktivität der Unternehmen auszufüllen und auszumodellieren sind. Die durch die Marktallokation per se gegebene Elastizität und dezentrale Rückkoppelung von Angebot und Nachfrage sind dann unvermeidliche Friktionen im Verhältnis zu einer für eine hochdifferenzierte Volkswirtschaft untauglichen – und, wie das Beispiel des „Realsozialismus“ gezeigt hat, nicht funktionierenden – zentralen Ressourcenlenkung. Solange die Beziehung von inwertsetzbaren Ressourcen und den Bedürfnissen der Menschen des Wirtschaftens bedarf, solange also keine kommunistischen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die die Knappheitsbeziehung überwunden hätten, existieren, erweist sich die Form einer gesteuerten oder sozialistischen Marktwirtschaft sowohl gegenüber ihrem kapitalistischen als auch ihrem planwirtschaftlichen Pendant, was den Ausschöpfungsgrad der produktiven Potenzen anbetrifft, als überlegen. Die in sozialistischer Perspektive zu überwindenden immanenten Beschränkungen der Produktivkraftentwicklung und Potenzialausschöpfung des Kapitalismus bleiben also als wesentlicher Impetus der Gesellschaftsveränderung bestehen gegenüber der romantisch-moralisierenden Kapitalismuskritik, nach der der Sozialismus in einer Unterordnung des Ökonomischen unter das Soziale, also einer immanenten Selbstbeschränkung ökonomischer Effektivität, bestehen soll.

#### **4. Wert und Preis**

Dass die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie den Dreischritt zwischen (gesellschaftlicher) Arbeit (1), Wert (2) und Preis (Produktionspreis, in weiterer Instanz: Marktpreis) (3) im Fokus hat, ist weithin unumstritten. Aber wie der Zusammenhang zwischen diesen Elementen beschaffen ist bzw. ihre Zusammenfassung vorzunehmen ist, unterscheidet verschiedene grundsätzliche Auffassungen. Gegenüber der gängigen oder Mehrheitsauffassung, dass es

darauf ankäme, aus der Arbeit, soweit sie wertbildend ist, die Preise abzuleiten [(1) + (2)] → (3), vertreten wir die alternative Interpretation, dass gesellschaftliche Arbeit – soweit sie produktiv-wertbildend ist (s.o.) – Basis für Werte und Preise ist – Wertbildung aber nur gelingt, wenn sie in Preisen zum Ausdruck kommt, also (1) → [(2) + (3)]. Eine „Ableitung“ der Preise aus eigenständigen Werten im Sinne einer Transformation kann es daher gar nicht geben. Eine solche Aufgabe ist nicht nur nicht lösbar, sondern bereits in der Fragestellung falsch angegangen.

Dies ist aber seit v. Bortkiewicz' Kritik an einem angeblich theorieimmanenten Widerspruch zwischen dem I. und III. Band des ‚Kapital‘ das gängige Arrangement: ein System – in der Regel gefasst als gesamtwirtschaftliches Reproduktionsschema – auf Basis des Austauschs der Waren zu Werten (resp. Wertpreisen) soll, bei Wahrung der beiden Invarianzen ‚Wertsomme = Preissomme‘ und ‚Mehrwert = Profit‘, jeweils in gesamtwirtschaftlicher Dimension, in ein System von Produktionspreisen mit ausgeglichener allgemeiner Profitrate transformiert werden. In der weiteren Diskussion ist aus dieser Problemstellung der – im Rahmen des Diskurses durchaus folgerichtige – Schluss gezogen worden, auf den Umweg des ‚Wertsystems‘ ganz zu verzichten und aus den technologisch bestimmten und in Arbeitsquanta ausgedrückten Reproduktionsgleichungen unmittelbar jene Produktionspreise abzuleiten, die ein funktionalistisches Reproduktionsgleichgewicht des Gesamtsystems gewährleisten.

Mit der Marxschen Wertbestimmung hat jedoch diese Vorstellung einer Transformation von Werten in Produktionspreise wenig gemein. Was zunächst die beiden Invarianzen anbetrifft, so versteht sich die erste von selbst, weil eben nur Wert ist, was in den Preisen – gesamtwirtschaftlich und während einer bestimmten Zeitperiode (Konjunkturzyklus) – vergütet worden ist. Auch die zweite Invarianz, Mehrwert- gleich Profitmasse in gesamtwirtschaftlicher Dimension, lässt sich unter Rekurs auf fundamentale produktionstheoretische Bestimmungen leicht nachweisen; es genügt der Hinweis auf die unterschiedliche Rolle, die Produktionsmittel und lebendige Arbeit als konstantes und variables Kapital im Produktionsprozess spielen (primäre Formunterschiede des Kapitals). Während der vorausgesetzte Wert der Produktionsmittel durch ihre zweckgemäße Verwendung nur auf das neue Produkt übertragen wird, schafft die lebendige Arbeit ein Wertprodukt neu, welches mit der Zahlung des Arbeitspreises in (reproduziertes) variables Kapital und Mehrwert aufgeteilt wird. Da der Wert der Arbeitskraft die letzte Resultierende des kapitalistischen Gesamtprozesses ist, die sich über die Fluktuationen des Geldlohns (Distributionsform) und Beschäftigungsschwankungen (Produktionsform) als Durchschnitt einer abgelaufenen Bewegung ergibt, erhält bereits der Mehrwert die Bestimmung als Residualgröße des gesamtwirtschaftlichen Wertprodukts. Dies gilt nicht mit Bezug auf das Wertprodukt, sondern auch im Hinblick auf den Produktenwert: Variationen im Wert der Produktionsmittel lassen die Größe des Wertprodukts unberührt und drücken sich in gleichsinnigen Variationen des Produktenwerts aus. Ein gegenteiliger Schein entsteht nur durch Auf- und Abwertungsprozesse des konstanten Kapitals, namentlich seines fixen Bestandteils, der als langlebiges Produktionsmittel am stärksten von Wertveränderungen betroffen ist, insofern sie als Extragewinne oder Gewinnabzüge erscheinen. Der Ansatz, den moralischen Verschleiß des fixen Kapitals bei der Kalkulation der Nutzungsdauer und den Abschreibungsbeträgen pro Periode von vornherein zu berücksichtigen, erfasst die antizipierten Entwertungen korrekt unter der Rubrik des konstanten Kapitals (und nicht des Wertprodukts); nur unerwartete Auf- und Abwertungen der im Produktionsprozess vorhandenen Wertbestände konstituieren nachträglich Zu- oder Abschläge am Gewinn, affizieren die Mehrwertmasse und sind eine Quelle für quantitative Inkongruenzen zwischen geleisteter und vom Kapital angeeigneter Mehrarbeitszeit und (realisiertem) Mehrwert. Was hier mit Bezug auf den Mehrwert gesagt wird, gilt eo ipso für den Profit als bloß verwandelte Form desselben, so dass auch die zweite sog. Invarianz, Mehrwert = Profit, ex definitione gültig ist.

Was aber bleibt nach diesen Identitäten zwischen Wertgrößen und Preisgrößen als Unterschied zwischen beiden? Hauptsächlich eine Regulationsbeziehung in gesamtwirtschaftlicher Dimension, nach der zwischen Angebotspreisen und realisierten Preisen eine Wechselwirkung ungleicher Kräfte besteht, die sich prozessierend im Zeitablauf darstellt. Die Ungleichheit der aufeinander wirkenden Kräfte ‚Wert‘ und ‚Preis‘ ist dabei das Entscheidende: Wertgrößen bestimmen Preisgrößen, die Rückwirkung der letzteren ist sekundär und erfolgt auf Basis der ersteren.

In jedem Moment ist die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionssphären und die Produktivitätsniveaus innerhalb dieser Produktionssphären eine durch das fixe Gesamtkapital (Originalkapital) bestimmte Größe; mehr noch: beide, Verteilung der Arbeit und ihr Produktivitätsgrad sind für jeweils bestimmte Perioden nur nach Maßgabe der Investitionen neuer Zusatzkapitale veränderbar. (Wir sehen ab von bloßen Auslastungsvariationen, die sich ex post ebenfalls als Einflussgrößen der Produktivität darstellen: Skaleneffekte durch Fixkostendegression, „Entlassungsproduktivitäten“ durch Anpassung/Reduzierung der angewandten Arbeitskräfte etc.) Wert- und stofflich besitzt also der Reproduktionsprozess des Gesamtkapitals eine nur innerhalb größerer Zeitperioden in größerem Ausmaß veränderbare materielle Basis, die sich in der Struktur des Gesamtprodukts und seiner Wertbestandteile, einzelwirtschaftlich in Form jeweiliger Angebotspreise der einzelkapitalistischen Warenprodukte ausdrückt. Diese Gliederung des gesamtwirtschaftlichen Angebots schließt zugleich Verteilungsverhältnisse ein, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wertgesetzlich bestimmten Fraktionierungen strukturieren, einmal nach Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelnachfrage, zum anderen nach Investitionsgütern, Rohstoffe etc. sowie Konsumnachfragen aus verschiedenen Einkommensformen (Lohn und Profit). Es gilt hier: das (gesamtwirtschaftliche) Angebot schafft sich *eine* Nachfrage, nicht *seine* Nachfrage nach Gesamtumfang und interner Struktur. Das Zusammentreffen von Angebot und Angebotspreisen und Nachfrage auf den Teilmärkten konstituiert Preisbewegungen, aber Preisbewegungen auf wertgesetzlich bestimmter Grundlage. In diesem beständig ablaufenden Prozess der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage vollzieht sich die Bestimmung der Preise und ihrer Bewegung durch das Wertgesetz; sie ist vermittelt durch die Konkurrenz.

Handlungsrelevant für jedes einzelne Unternehmen ist die Maximierung des Profits, gegeben als Überschuss über den Kostpreis; kurzfristig als Umsatzrendite, längerfristig als Profit bezogen auf das vorgeschossene Kapital (Profirate). Umsatzrendite bzw. Profirate werden so die ausschlaggebenden Steuerungsparameter für kapitalistisches ökonomisches Handeln in der Konkurrenz der Einzelkapitale. In der unterschiedlichen Zusammensetzung der Kostpreise nach konstanten und variablen Kapitalbestandteilen reflektieren sich die Unterschiede zwischen den Produktionssphären, im weiteren zwischen den einzelnen Unternehmen ein und derselben Produktionssphäre. Durch das Streben der Einzelkapital nach maximalem Profit, d.h. maximalem Überschuss über ihre Kostpreise realisieren sie in und durch ihre Konkurrenz untereinander in bestimmten Zeitperioden in etwa ausgeglichene Profirate auf ihr vorgeschossenes Kapital, indem das gesellschaftliche Kapital über Investitionsprozesse sowie – in längeren Zeitperioden stattfindende Verlagerungen zwischen den Produktionssphären – neu strukturiert und proportioniert wird. Die sich über die Schwankungen der aktuellen Marktpreise in längeren Zeitperioden bildenden, den durchschnittlichen Profit auf das vorgeschossene Kapital herstellenden Preise sind die Marktproduktionspreise der Sphärenprodukte.

Es muss nochmals heraus gestellt werden, dass der Marktproduktionspreis kein „transformierter“ Wertpreis des Warenprodukts einer Produktionssphäre ist. Wenn und sobald die Warenproduktion und -zirkulation auf kapitalistischer Grundlage sich vollzieht – dies setzt voraus: funktionierende Arbeitsmärkte, Aufhebung tradiertter Schranken gegenüber Kapitalinvestitio-

nen in den einzelnen Branchen, entwickeltes Kredit- und Bankensystem, um disponibles Geldkapital nach reproduktiven Zwecken zu allozieren –, wenn sich also die Waren allseitig als Produkte von Kapitalen gegenüber treten und austauschen, gibt es unterhalb der gesamtwirtschaftlichen ‚Ebene‘ keine eigenständig bestimmten Wertgrößen; auch die von Marx verwendete Kategorie des „Marktwertes“ (vgl. MEW 25, 182 ff.) ist nur als historische Vorform des Marktproduktionspreises zu verstehen für einen Reproduktionsprozess, der nicht vollständig unter der Regie des Kapitals abläuft. Fundamental wertbestimmt bleiben alle Gesetze des Kapitals als solchem, d.h. alle Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozesses, die sich in der Struktur und Bewegung der Kostpreise zusammen fassen und die angebotsbestimmte Basis für die sekundäre Einwirkung der zahlungsfähigen Nachfrage bilden.

Allerdings erscheinen die fundamentalen Gesetzmäßigkeiten von Produktion und Zirkulation (Umschlag) des Kapitals als solchem an der Oberfläche des Gesamtprozesses und damit für das Bewusstsein der handelnden Personen in verkehrter Weise. Wertbildung erscheint nicht als Wertübertragung (des konstanten Kapitals) und Neuwertbildung (durch lebendige produktive Arbeit), sondern als Addition vorausgesetzter Preisbestandteile stofflich notwendiger Produktionselemente. Die Wirkung des Kapitalumschlags auf die Wertbildung erscheint nicht als negative Schranke für die Verwertung des Werts innerhalb bestimmter Zeitperioden, sondern umgekehrt als positiv wertbildend entsprechend der Erhöhung der Umschlagszahl (des zirkulierenden Kapitals). Indem jedoch der praktische Agent der kapitalistischen Produktion, d.h. das mit dispositiven Aufgaben betraute Management in den Unternehmen nach den betriebswirtschaftlichen Regeln kalkuliert und operiert – jeweils mit dem Ziel, den Profit pro Zeitperiode zu maximieren –, werden zugleich die fundamentalen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalproduktion und -zirkulation durchgesetzt. Auch hier gilt: sie wissen das nicht, aber sie tun es und indem sie es mit dem Bewusstsein der verkehrt erscheinenden Formen der Oberfläche tun, reproduzieren sie *uno acto* zugleich die unterliegenden Gesetzmäßigkeiten.

### **5. Wert, Gleichgewichtsbegriff und Konjunkturzyklus**

Die Vorstellung eines Gleichgewichts – wenn nicht als stabiler Zustand oder Zielpunkt von ablaufenden Prozessen, so doch zumindest als heuristisches Prinzip, mit dem die ‚wirkliche Bewegung‘ bewertet werden muss – eint den Großteil ökonomischer Paradigmen über eine marktvermittelte Wirtschaft. Es passt ins Bild, dass auch marxistisch argumentierende Autoren wirtschaftswissenschaftlicher Provenienz die Wertbestimmung als Gleichgewichtspreis begreifen, also als – festes – Schwankungszentrum, um welches sich die durch Angebot und Nachfrage bestimmten Marktpreise drehen.

Wir haben demgegenüber bereits angedeutet, dass die wertgesetzliche Regulation der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion ein eigenständiges Paradigma jenseits des traditionellen Gleichgewichtsbegriffes, der negatorisch denjenigen des Ungleichgewichts einschließt, beinhaltet. Es war der Keynes der ‚General Theory‘, der mit seiner Formulierung des aus dem Zusammenspiel von – in der vorhandenen Kapitalausrüstung der Volkswirtschaft materialisierten – vergangenen und daraus entstehenden in die Zukunft reichenden Erwartungen gewonnenen Begriffes eines „*shifting equilibrium*“ (Keynes 1936, 248 und 41 ff) eine Vorstellung von wirtschaftlicher Dynamik präsentiert, die große Ähnlichkeit mit der wertgesetzlichen Regulation des Reproduktionsprozesses besitzt. Der entscheidende Punkt ist die Verschiebung des Schwankungszentrums der Marktpreise durch deren prozessierende Bewegung selbst, wodurch die abstrakt-logische Figur eines sich – innerhalb bestimmter Grenzen – verschiebenden ‚Gleichgewichts‘ – und damit die Transzendierung dieses Begriffes selbst – hervor

gebracht wird. Die Zeitdauer, innerhalb deren sich diese prozessierende Bewegung vollzieht, ist die Dauer eines Konjunkturzyklus. Dieser wird damit selbst zu einer allgemeinen Bestimmungsgröße der Beziehung zwischen Produktionspreisen und Marktpreisen.

Der Konjunkturzyklus als industrieller Zyklus ergibt sich durch die Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen nach überstandener Krise und nachfolgendem Abschwung, der in der sog. ‚melancholischen Periode‘ sein unteres zyklisches Niveau gefunden hat. Die sich in dieser Abschwungsbewegung vollzogene Kapitalentwertung normiert gewaltsam die Umschlagsperiode produktivitätssensibler Bestandteile des fixen Kapitals und bereitet dadurch Ersatz- und Rationalisierungsprozesse des gesamtwirtschaftlichen Produktionsapparates vor.<sup>5</sup> Diese legen sowohl hinsichtlich der Verteilung von Kapital und Arbeit auf die Produktionssphären als auch hinsichtlich der Inkorporierung zwischenzeitlich vollzogener Produktivitätsentwicklungen (‚embodied technical progress‘) die Grundlage für den folgenden Wert- und Stoffersatz des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. In jedem Produktionszweig wird das Gravitationszentrum der nachfolgenden Marktpreisbewegung neu einjustiert. Dieses Gravitationszentrum bestimmt die Angebotspreise (Kostpreise), mit denen die Einzelkapitale in die Konkurrenz eintreten. Das Zusammentreffen mit der zahlungsfähigen Nachfrage und die Preiselastizitäten bestimmen in der Folgezeit die Profitüberschüsse und entscheiden über Kapazitätsauslastungen und Investitionen in den Produktionssphären und einzelnen Unternehmen. Allgemein lässt sich ausmachen, dass der zyklische Aufschwung von der Produktionsmittelproduktion (Investitionsgüter) seinen Ausgang nimmt und sich im Gefolge von Beschäftigungsaufbau, Lohnsteigerungen sowie Profitexpansion nach und nach gesamtwirtschaftlich bis zu den konsumnahen Sphären verbreitert. Kommt es zur Rückwirkung der steigender Verbrauchsnachfrage auf die ursprünglich ‚autonom‘ angesprungene Investitionsbelebung, geht der zyklische Aufschwung in seine kumulative Phase mit ihren charakteristischen Multiplikatorprozessen über. Die Nachfrageexpansion führt durch ‚demand pull-Effekte‘ zu zyklisch steigenden Marktpreisen, die für die Unternehmen wachsende Surplusprofite ermöglichen.

Bricht die zyklische Krise aus, weil die von den gesamtwirtschaftlichen Erweiterungsinvestitionen getragene Nachfrage nach Investitionsgütern sich als unzureichend für den Fortgang der Akkumulation der Investitionsgüterproduzenten erweist – durch die zu Beginn des Zyklus konzentrierte Neuanlage von fixem Originalkapital zeigt die Ersatznachfrage in der Folgezeit relative Nachfrageausfälle –, erhält die zyklische Akkumulation ihren Gegenschlag. Die Kostpreise sind durch steigende Geldlöhne, gestiegene Einstandspreise für Rohstoffe sowie erhöhte Zinssätze deutlich angestiegen und können nicht mehr komplett auf die Abgabepreise weiter gewälzt werden, auf jeden Fall nicht mehr mit weiterhin steigenden Überschüssen wie während der zyklischen Prosperität. Der *„plötzliche Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“* (Keynes 1936, 267) führt zu einer abrupten Verringerung der Akkumulation, um so mehr, als diese in der letzten Aufschwungsphase durch zunehmende Spekulationsgeschäfte künstlich angeheizt worden war. Ausbleibende oder verzögerte Geldkapitalrückflüsse und die Notwendigkeit, kommerzielle durch bare Zahlungsmittelkredite zu substituieren, erhöhen die kurzfristigen Zinssätze – um so mehr, wenn die Geldpolitik der Zentralbank

---

<sup>5</sup> Vgl. MEW 24, 185 f.: *„Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlagen (des zirkulierenden Kapitals / S.K.), in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.“*

bereits zuvor einen restriktiveren Kurs zur Begrenzung der zyklischen Steigerungen der Marktpreise eingeschlagen hatte.

Der kontraktive Impuls, der von der Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln (Investitionsgütern) ausgeht, verallgemeinert sich nun ähnlich wie zu Beginn des Aufschwungs sein expansiver Gegenpart; der gesamtwirtschaftliche Abschwung wird eingeleitet. Die gesamtwirtschaftliche konsumtive Endnachfrage (privat wie öffentlich), die auch im zyklischen Aufschwung die geheime Grundlage des Expansionsprozesses gewesen war, wird nunmehr zur direkt steuernden Variable der Gesamtwirtschaft. Erst wenn sie ihr unteres zyklisches Niveau gefunden hat und der Umfang der Läger sowie der laufenden Produktion daran angepasst sind, sind vom reproduktiven Prozess her die notwendigen Bedingungen für das allmähliche Durchschreiten des unteren Konjunkturwendepunktes gegeben. Damit der zyklische Periodenwechsel erfolgt, ist darüber hinaus notwendig, dass die Zinssätze gegenüber ihrem Höchststand zur Zeit der Krisis wieder gesunken sind und damit sowohl finanzierungsseitig als auch vom Ertragskalkül her – Wiederanstieg der Kurse von fiktivem Kapital (Eigentumstitel auf vorhandenes Kapital (Wert) und dadurch relative Verbilligung von realen Investitionsgütern – ein neuerliches Anspringen der Investitionen möglich geworden ist.

Als immanent-gesetzmäßig ablaufender und die kapitalistische Akkumulation spezifisch charakterisierender Prozess ist der Konjunkturzyklus der wesentliche Exekutor zur Herausmodellierung der Produktionspreise bzw. – in Summe – der Werte durch die ihm eigentümliche Bewegung der Marktpreise in seinen beiden großen Perioden des Auf- und Abschwungs. Es ist die durch die auf bestimmter wert- und stoffmäßiger Grundlage ablaufende zyklische Bewegung den Marktpreisen erteilte Bewegung, die im zyklischen Durchschnitt die Wertverhältnisse geschaffen hat. Nichts als die Vergegenwärtigung dieser zyklisch ablaufenden Prozesse dokumentiert eindrücklicher die Elastizität und Variabilität der wertgesetzlichen Regulierung der kapitalistischen Reproduktionsprozesses, die mit der an und für sich starren Vorstellung eines Gleichgewichts – und sei es nur als heuristischer Maßstab zur Identifikation von Ungleichgewichten – nicht adäquat theoretisch erfasst werden kann.

## **6. Kredit**

Die Bestimmung des Werts durch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit impliziert eine eindeutige Stellenwertzuweisung des Finanzsektors in der Gesamtwirtschaft. Im Gegensatz zum oberflächlichen Schein einer fortgeschrittenen Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation, wie sie einer andauernden Überakkumulation von Kapital entspricht und im monetär-keynesianischen Diskurs theoretisch abgebildet wird, sind nicht Geldkapital und Geldvermögensbesitzer (alias Investor), sondern industrielles (reproduktives) Kapital Mehrwertproduktion die wesentlichen Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern bleibt es auch bei einer Verselbstständigung der Geldkapitalakkumulation (in allen Formen) gegenüber ihrer reproduktiven Grundlage und nicht einer kompletten Entkoppelung oder gar Umkehrung der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den verschiedenen Kapitalformen.

Die Zuweisung eines abgeleiteten Charakters für den Kredit betont die aus der produktiven Gesamtarbeit herrührende Restriktion für die Produktion und das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die Wirkungen, die der Kredit innerhalb des kapitalistischen Akkumulationsprozesses entfaltet, sind allesamt der Zirkulationssphäre angehörig. Sie wirken auf eine Verkürzung der Zirkulationszeit, eine Ökonomisierung des notwendigen Geldkapitals und daher eine Beschleunigung des Kapitalumschlages bei gleichzeitiger Zur-Verfügung-Stellung eines größeren Anteils des gesellschaftlichen Gesamtkapitals für produktive Verwendungszwecke, des

Weiteren in Richtung auf eine Ökonomisierung der gesamten Geldzirkulation. In dieser wert-theoretischen Perspektive steigert also der Kredit Produktion und Wertschöpfung nicht direkt, sondern durch Effektivierung des Zirkulationsprozesses nur indirekt.

Die kreditvermittelte Beschleunigung des Kapitalumschlages und daher auch des Reproduktionsprozesses pro Zeitperiode stellt gleichzeitig in widersprüchlicher Form nachfrageseitig die Bedingungen her, dass eine zugunsten wertschöpfender Tätigkeit umgewidmete Arbeitsverausgabung den erforderlichen Absatz (zeitweise) findet. Einerseits greifen die Kreislaufverflechtungen insbesondere in der interindustriellen Zirkulation – Kauf und Verkauf von Produktionsmitteln ( $I_c, I_{v+m} - I_{ic}$ ) – rascher ineinander. Einzelwirtschaftlich wird der tatsächliche Rückfluss des Kapitals in Geldform durch den kommerziellen und/oder baren Zahlungsmittelkredit antizipiert und die der Realkapitalakkumulation vorgelagerte Geldkapitalbildung durch den Investitionskredit abgekürzt. Andererseits treiben diese Entwicklungen den gesamtwirtschaftlichen Akkumulationsprozess über seine Wachstumsgrenze hinweg, die durch die Expansion der konsumtiven Endnachfrage gegeben ist. Im Gesamtverlauf eines Konjunkturzyklus führt die Dazwischenkunft des Kredits daher zu einer Forcierung von Wertschöpfung und Akkumulation im Aufschwung – allerdings um den „Preis“ einer Steigerung der Verselbstständigung von Angebot und Nachfrage, die in der zyklischen Krise eklatiert und diese verschärfen kann.

Gelingt es allerdings – und dies ist die gemeinsame Leistung eines vollentwickelten kapitalistischen Kreditsystems, vollendeter Geld- und Währungsverhältnisse sowie eines ausgebauten öffentlichen Wirtschaftssektors mit automatischer und diskretionärer Konjunktur stabilisierung –, die dem zyklischen Kriseneklat folgende Abschwungsphase der Konjunktur nach Länge und Tiefe zu verkürzen bzw. zu verringern, also die gesamtwirtschaftlichen Verluste des zyklischen Abschwungs zu begrenzen und den unteren konjunkturellen Wendepunkt auf einem höheren Niveau zu durchschreiten, stellt sich im Nachhinein, den Gesamtzyklus bzw. die Abfolge mehrerer Zyklen betrachtet, eine Erhöhung der langfristigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate ein. Dies ist identisch mit einer resultierenden Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, jeweils gemessen an einem unentwickelterem Geld- und Kreditsystem und weitgehend fehlender Staatsintervention.<sup>6</sup>

Die namentlich im Abschwung wirkende Stabilisierung notleidend gewordener Kreditketten sowie die Stützung der konsumtiven Endnachfrage hat nicht zuletzt von marxistischer Seite den Einwand hervor gebracht, derartige Eingriffe in die Marktproportionen verzögerten den notwendigen Strukturwandel und erhöhten die Anpassungslasten in der Zukunft. Dieses sehr klassisch-neoklassische Argument offenbart eine Vorstellung der wertgesetzlichen Regulation, welche ohne Kredit, ja ohne wirkliche Dazwischenkunft von Geld auskäme. „Money matters“ bzw. „Credit matters“ sind die Antworten auf diese Einwände auf der Grundlage eines korrekt verstandenen Wertbegriffes. Die Nichtneutralität von Geld und Kredit widerspricht also der Marxschen Wertbestimmung nicht nur nicht, sondern ergibt sich auf ihrer Grundlage. Dies sei allen denjenigen vorgehalten, die sich die Wesentlichkeit des Geldes nur auf der Basis eines „modernen“ monetären Luftgebildes vorzustellen vermögen.

---

<sup>6</sup> Jenseits der im kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozess spielenden die Wertschöpfung direkt bestimmenden Faktoren (Produktivität, Intensität, Qualität der produktiven Arbeit) wirken also kapitalistisch-immanente evolutionäre Entwicklungen bei Geld, Kredit und Währung sowie der darauf bezogenen Politiken und bei der Fiskalpolitik indirekt vornehmlich als Verlustbegrenzer in den zyklischen Krisen und Abschwüngen. Um so mehr wird deutlich, dass die ‚moderne‘ neoliberale Wirtschaftspolitik, die die ‚Wiederinkraftsetzung‘ marktwirtschaftlicher Selbststeuerung gegenüber politischem Interventionismus zu ihrem Credo erhebt, die zivilisatorischen Errungenschaften eines ‚gebändigten‘ Kapitalismus zerstört und damit Krisenverluste potenziert und langfristige Wachstumsraten reduziert.

Gegenüber der (Rück-) Wirkung von Kredit und Geldkapitalakkumulation auf den reproduktiven Zirkel des Gesamtproduktionsprozesses ist die Wirkung des Kredits auf die Geldkapitalakkumulation selbst zu unterscheiden. In diesen oberen Stockwerken des Kreditüberbaus hatten wir es stets schon mit verselbstständigten und losgerissenen ökonomischen Formen zu tun gehabt, die durch die Überakkumulation von Kapital an Bedeutung noch erheblich dazu gewonnen haben. Wir sprechen hier von der Kreation beständig neuer Formen des fiktiven Kapitals, d.h. per Kapitalisierung gebildeter Preise (Kurse) von Eigentumstiteln auf Wert, der z.T. überhaupt nicht mehr besteht (wie bei Staatsschuldtiteln) oder sogar nie bestanden hat (sog. „human capital“). Diese bloßen Anlageformen für disponibles gesellschaftliches Geldkapital und ihre Bewegung, d.h. ihr Händewechsel, die keine irdisch-reproduktive Grundlage haben, konstituieren jedoch Rückwirkungen auf monetäre Variablen wie den Zinsfuß und werden darüber zu eigenständigen Auslösern von krisenhaften Verläufen auch der Realkapitalakkumulation; erratische Zinsbewegungen (plötzliche Zinsanstiege) können sogar zyklische Krisen auslösen.

Unter der Ägide einer zunehmend finanzgesteuerten Realkapitalakkumulation und einer zunehmend auf kurzfristige Renditeziele der Finanzinvestoren ausgerichteten Realakkumulation gewinnen die monetären Parameter – Eigenkapitalrenditen, Zinssätze, Kapitalisierungswerte etc. – beherrschenden Einfluss auf reproduktive Prozesse und ihre z.T. langfristig ausgelegten Erfolgskennzahlen (Umsatz- und Marktanteile, nachhaltiges Unternehmenswachstum etc.). Eine solche finanzgesteuerte Realkapitalakkumulation kann als immanente Reaktionsweise eines von struktureller Überakkumulation von Kapital heimgesuchten Reproduktionsprozesses interpretiert werden, als eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen gesellschaftlichen Klassen und -klassenfraktionen zugunsten des Geldkapitalisten und zulasten des reproduktiven Unternehmers, noch mehr allerdings zulasten der Lohnabhängigen. Eine grundlegende Lösung der Widersprüche der strukturellen Überakkumulation von Kapital ist damit nicht zu haben.

## 7. Geld

In einer Linie zum Vorwurf der naiv-materialistischen Begründung der Werts substanz („substanzlogische Wertabstraktion“) steht die Kritik an Marx' Geldtheorie, weil sie Wert- bzw. Geldform an eine handgreifliche Geldware (Gold) bindet (vgl. Heinrich 1991, 188 ff.). Unzweifelhaft ist die Marxsche Geldtheorie unfertig, weil sie die entwickelten Formen eines auf dem modernen Kreditsystem beruhenden Repräsentativgeldsystems mangels seinerzeitigem Vorhandensein nicht berücksichtigt. Aber anstatt sich der Anstrengung der genetischen Fortentwicklung der einfach-allgemeinen Geldformen und -funktionen zu ihrer heutigen Gestalt zu unterziehen, liegt es für Viele offenkundig näher, die im Alltagsverkehr vorhandene und von der nationalökonomischen Geld- und Währungstheorie proklamierte Demonetisierung der Geldware Gold gegen den Wertbegriff selbst zu wenden.

Beschreitet man demgegenüber forschungsstrategisch den umgekehrten Weg, steht am Anfang die Hypothese, die vermeintliche Demonetisierung der Geldware Gold als entwickelte Stufe von Idealisierungsprozessen zu bestimmen und die Vermittlungsformen aufzuspüren, die den letzten Konnex des heutigen inkonvertiblen Repräsentativgeldes zum Gold aufspannen. Damit verlagert sich das Terrain. Es geht nicht mehr um die x-te Reproduktion und/oder Modifikation der Ableitung der Wertformen aus dem Wertbegriff, sondern um den Aufweis ökonomischer Funktionszusammenhänge zwischen Gold(wert), Wechselkurs und Außenwert der nationalen Währung, Zahlungs- bzw. Devisenbilanz, binnenwirtschaftlicher Geldmenge und ihrem Einfluss auf die Warenpreise. M.a.W.: es ist der Denominationsprozess des inkon-

vertiblen Repräsentativgeldes nachzuzeichnen, durch welchen es seine fundamentale Wertmaßfunktion erhält bzw. überhaupt erst zum Geld(zeichen) wird. Es ist in diesem Zusammenhang allenfalls eine kontrovers zu diskutierende Frage, welchen Anteil die evolutionären Prozesse in den modernen Kredit- und Währungssystemen sowie die Staatsintervention und -regulation an diesem Denominationsprozess zu übernehmen vermögen bzw. tatsächlich bis zum heutigen Tage übernommen haben.

Das heutige Repräsentativgeld stellt eine spezifische Mischung aus (inkonvertiblen) Wertzeichen und von Goldeinlösungs- und -deckungspflichten befreiten Banknoten, Zentralbanknoten – sowie diese Zentralbanknoten substituierenden Sichtdepositen – dar. Gemeinhin wird in diesem Zusammenhang von einer „fiat money currency“ gesprochen und der künstliche, nur (geld-)politischen Rücksichten geschuldete Akt seiner Schaffung durch die Zentralbanken betont. Dieser einfache Schein eines „fiat money“ hält jedoch genauerer Analyse nicht stand, weshalb die Marx'schen Geldbestimmungen mit der Funktion des Geldes als Wertmaß als Fundamentalkategorie auch unter entwickelten Verhältnissen von Geld und Währung aktuell sind.

Ausgangspunkt des Denominationsprozesses des (nationalen) Repräsentativgeldes ist sein Außenwert und das Geld als Weltgeld, welches die Funktionen als Wertmaß, internationales Zahlungsmittel und nationale Währungsreserve einschließt. Bei der Übernahme der aktiven Weltgeldfunktionen durch nationale Währungen – dies war, mit Ausnahme gravierender Krisenperioden, in denen tatsächlich Goldbarren zur Saldierung der Zahlungsbilanzen versandt wurden, bereits zur Zeit der internationalen Vorherrschaft Großbritanniens im späten 19. Jahrhundert die Regel – fallen die Funktionen des internationalen Transaktionsmittels und Währungsreservemediums gemeinhin der Währung des dominierenden Nationalkapitals auf dem Weltmarkt (sog. „Demiurg des bürgerlichen Kosmos“) anheim, heutzutage – nach wie vor – dem US-Dollar, so dass die bilateralen Wechselkurse der devisenkonvertiblen nationalen Währungen zum US-Dollar ihren Außenwert darstellen. Der US-Dollar besitzt darüber hinaus als einzige nationale Währung einen Außenwert direkt gegenüber dem Gold, der durch die Inverse des börsentäglich fixierten „Goldpreises“ bezeichnet wird. Dabei ist es in diesem Zusammenhang sekundär, dass der US-Dollar seit 1971 keine de-jure-Konvertibilität mehr aufweist; ausschlaggebend ist die faktische Austauschbarkeit zu marktbestimmten Preisen, nicht eine administrativ fixierte Goldeinlösungspflicht mit fester Relation, die mit fortschreitender Veränderung ökonomischer Variablen entweder beständig – nachträglich – angepasst oder schließlich aufgehoben bzw. „freigegeben“ werden muss.<sup>7</sup> Über den Umweg ihres Wechselkurses zum US-Dollar besitzen jedoch auch die anderen (devisenkonvertiblen) Währungen kapitalistischer Nationalkapitale einen in Gold ausdrückbaren Außenwert.

Die ökonomische Bedeutung dieses Außenwerts nationaler Währungen liegt zunächst in der Bewertung der in Gold gehaltenen Währungsreserven.<sup>8</sup> Darüber hinaus führen mengenmäßige

---

<sup>7</sup> Vgl. Marx, Grundrisse, S. 52: „Konvertibilität in Gold und Silber ist also praktisches Maß des Werts **jeden** Papiergeldes, das seine Denomination vom Gold und Silber erhält, das Papier sei legal konvertibel oder nicht. Ein Nominalwert läuft nur als Schatten neben seinem Körper her, ob beide sich decken, muß die wirkliche Konvertibilität (Austauschbarkeit) derselben beweisen. (...) Bei nicht konvertiblen Noten zeigt sich die Konvertibilität nicht in der Kasse der Bank, sondern am tagtäglichen Austausch zwischen Papier und Metallgeld, dessen Denomination es trägt.“ (Hervor. – d. Verf.) Sowie: „Konvertibilität – legal oder nicht - ... bleibt Anforderung an jedes Geld, dessen Titel es zu einem Wertzeichen macht, d.h. es als Quantität einer dritten Ware gleichsetzt.“ (Ib., S. 53)

<sup>8</sup> Die Praxis der bilanziellen Bewertung der nationalen Geldreserven in den Bilanzen der Zentralbanken ist dabei traditionell uneinheitlich. Sie reicht von der Bewertung zu Anschaffungspreisen (striktes Niederstwertprinzip) wie bei der Deutschen Bundesbank bis zu verschiedenen Methoden einer marktnäheren, d.h. im Zeitablauf vari-

Zu- und Abnahmen der nationalen Goldschätze, wiewohl sie – gegenwärtig bzw. offiziell – nicht zum operativen Geschäft der entsprechenden Zentralbanken (wie noch zur Zeit des Bretton-Woods-Währungssystems) gehören, sondern außerordentlichen Charakter haben, wenn nicht buchungstechnisch, so doch durch reale Transaktionen zur ökonomisch-praktischen Neubewertung der nationalen Goldschätze. Ob die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit zur (mengenmäßigen) Abnahme der nationalen Goldreserven wichtiger Zentralbanken (USA und westeuropäische Länder), namentlich über IWF-Versteigerungen zugunsten armer Entwicklungsländer, umstandslos für die Zukunft fortgeschrieben werden können, ist offen, zumal asiatische Zentralbanken in den letzten Jahren ihre Goldreserven deutlich aufgestockt haben. Prinzipiell gilt hier das Marxsche Wort von der unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu bannenden Möglichkeit eines Umschlags des Kredit- in das Monetarsystem<sup>9</sup> – was die Relevanz der Existenz nationaler Goldreserven, wenn nicht sogar die Notwendigkeit ihrer Re-Mobilisierung unterstreicht.<sup>10</sup> In die gleiche Richtung wirkt die durch empirische Tests einfach zu verifizierende Beziehung zwischen der Bedeutung von Gold als privat gehaltenem Vermögenswert und dem Ausmaß der an den Finanzmärkten eingeschätzten Unsicherheit weltpolitischer und -wirtschaftlicher Entwicklungen, die sich auch im Goldpreis als volatile Fluktuation geltend macht.

Der entweder direkt oder über den Umweg der bilateralen Wechselkurse zum US-Dollar in Gold ausgedrückte Außenwert der nationalen Währungen bildet ihr tertium comparationis wie immer sich der Wert des Goldes im Zeitablauf verändert. Solche Wertänderungen betreffen alle Währungen gleichmäßig und gleichartig; die differentiellen Änderungen in den Währungsaußenwerten entfallen auf nationale Einflussfaktoren, die nach akkumulativen und monetären Bestimmungsgründen differenziert werden können. Erstere entspringen sowohl der reproduktiven Kapitalakkumulation mit ihren Einflüssen auf die nationale Leistungsbilanz als auch der Geldkapitalakkumulation; im Maße ihrer Verselbstständigung gegenüber der reproduktiven Grundlage ergibt sich eine wachsende Bedeutung der letzteren – dem Umfang wie der Zeitdauer ihrer Wirkung gegenüber den fundamentalen Größen der Zahlungsbilanz. Demgegenüber bestehen die genuin monetären Einflüsse auf die Währungsaußenwerte in den jeweiligen nationalen Inflationsraten – hier genommen nicht in der gängigen Fassung als Teuerungsrate (Kehrwert der Kaufkraft einer Währungseinheit), sondern als Repräsentationsverhältnis der nationalen Währung gegenüber dem Gold als allgemeinem Äquivalent. Beim dem tatsächlichen Zusammenspiel akkumulativer und monetärer Einflüsse für den Währungsaußenwert kann ihre Separierung natürlich nur theoretisch-rechnerisch vorgenommen werden.

(Historische) Ausgangspunkte der Denomination inkonvertibler Repräsentativgeldwährungen sind ihre direkten oder über ihren US-Dollar-Wechselkurs vermittelten Goldparitäten, die vielfach bei umfangreichen Realignments der Währungsbeziehungen als offizielle Paritäten politisch-institutionell anerkannt und fixiert worden sind: dies betrifft die historische Goldparität des US-Dollars von 35 \$ pro Unze im Rahmen der internationalen Übereinkünfte zum Bretton-Woods-Währungssystem nach dem II. Weltkrieg ebenso wie die Festsetzung der

---

ablen Preisbewertung bei anderen Zentralbanken – mit allen Konsequenzen hinsichtlich der Spielräume zentralbankinduzierter binnenwirtschaftlicher Geldschöpfung.

<sup>9</sup> Vgl. MEW 25, S. 620: „**Es muß aber nie vergessen werden**, daß erstens das Geld – in der Form der edlen Metalle – die Unterlage bleibt, wovon das Kreditwesen **der Natur der Sache nach nie loskommen kann**. Zweitens, daß das Kreditwesen das Monopol der gesellschaftlichen Produktionsmittel ... in den Händen von Privaten zur Voraussetzung hat, daß es selbst einerseits eine **immanente** Form der kapitalistischen Produktionsweise ist und andererseits eine treibende Kraft ihrer Entwicklung zu ihrer höchst- und letztmöglichen Form.“ /Herv. – d. Verf.)

<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang sind die strikten Weigerungen der Deutschen Bundesbank gegenüber den immer wieder aufkommenden Begehrligkeiten der Politik auf Neubewertung und/oder Teilverkauf der nationalen Goldreserve zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben einzuordnen.

Währungsparitäten der anderen wichtigen Weltmarktwährungen, z.T. unter Anknüpfung an ehemalige historische Goldparitäten der betreffenden Währungen (wie z.B. beim £ und FF sowie dem sfr) bzw. durch Berechnungen von Kaufkraftparitäten wie z.B. bei der im Zuge der Währungsreform 1948 neu geschaffenen D-Mark. Auch die 1969 geschaffenen Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds, die als Titel auf nationale Währung ein internationales Kreditgeld sui generis sind, werden ursprünglich durch Gold bzw. die Goldparität des US-\$ (1 SZR = 0,888671 gr Feingold) denominated. Später ist man dazu übergegangen, Währungseinheiten als sog. Korbwährungen zu definieren und zu bestimmten historischen Zeitpunkten quantitativ zu denominieren; dies gilt für die SZR ab 1974 sowie für die 1979 geschaffene europäische Währungseinheit ECU, dem Vorläufer des heutigen Euro (€). Es lässt sich zeigen, dass sowohl die Abkehr von Gold-Dollar-Standard der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts als auch der Übergang zu Korbwährungseinheiten zum einen dem aus der national ungleichmäßigen Akkumulationsentwicklung entspringenden Bedarf an flexiblen, marktmäßig bestimmten ‚Preisen‘, zum anderen der Wertsteigerung des Goldes selbst geschuldet ist, die seit Anfang der 70er Jahre durch gegenüber der Produktivitätsentwicklung in den nationalen Warenproduktionen zurückbleibende Förderproduktivitäten zu einer Kreditverknappung geführt hätte.

So gesehen ist die Verschiebung einstmals gefundener und im Bretton-Woods-System als fixe Paritäten institutionell-politisch fixierte Größen sowie die schließliche Aufhebung ‚offizieller‘ Goldpreise auch im internationalen Rahmen nichts Anderes als der Nachvollzug dessen, was national in der Überwindung von goldgebundenen Geldsystemen vorexerziert worden ist und dortselbst einen kreditpolitischen Spielraum der Notenbankpolitik allererst eröffnet hatte. Die internationalen kreditpolitischen Interventionen des IWF bei den Verschuldungskrisen der 80er Jahre sowie den Börsenzusammenbrüchen und Währungskrisen der jüngeren Vergangenheit wären im Rahmen eines an (feste) Goldpreise und vorhandene Goldbestände gebundenen internationalen Währungssystems kaum zu beherrschen gewesen.

Andererseits waren die mit internationaler Liquidität kurzfristig zu behebenden akuten internationalen Krisenprozesse bislang singulär und auf die Peripherie des kapitalistischen Weltmarktes beschränkt; zudem konnte die Ansteckung und Ausbreitung der akuten Währungskrisen auf eine größere Anzahl von Ländern vermieden werden. Damit wird die – gewaltsam sich durchsetzende – Rückbindung der von ursprünglichen Goldparitäten verselbstständigten Marktrelationen, d.h. des sozusagen ‚losen‘ Endes der Denominationsbeziehung der Währungen nicht eingefordert. Wenn es richtig ist, dass diese Rückbindung, d.h. der Umschlag des internationalen Kreditsystems in das Monetar- bzw. Goldsystem unter kapitalistischen Bedingungen nicht prinzipiell zu bannen ist, sondern nur durch eine – gegenwärtig überhaupt nicht absehbare – kollektiv-konsensuelle Neuordnung der internationalen Kreditbeziehungen, der grenzüberschreitenden Warenströme und Geldkapitalbewegungen sowie der Währungsrelationen zu bannen wäre<sup>11</sup>, ist hiermit die Systemfrage gestellt; denn dies setzte die evolutionäre Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den wichtigsten Metropolen sowie in den internationalen Beziehungen zu den anderen Ländergruppen voraus und würde somit Charakter und Bestimmtheit von Geld und Währung (ebenso wie diejenige von ‚Wert‘) substantiell verändern.

Einstweilen haben wir aber keine Neuordnung des internationalen Währungs- (und Weltmarkt-) zusammenhangs auf der Agenda, sondern die jeweilige operative, von Fall zu Fall und singulärer Krise zu singulärer Krise sich hinschleppende Verlängerung des losen Endes

---

<sup>11</sup> Ausgangspunkt einer derartigen Neuordnung wäre u.E. nach wie vor eine kritische Auseinandersetzung mit den damaligen Vorschlägen von Keynes für eine ‚International Clearing Union‘, in der bekanntlich das Gold als ‚barbarisches Relikt‘ bezeichnet wird, auf das zukünftig verzichtet werden könne (vgl. Keynes 1963).

des Denominationsprozesses des nationalen Repräsentativgeldes. Unter diesen Bedingungen erfolgt die Transformation des Währungsaußenwerts in seinen Binnenwert.

Hiermit kommen Geldmengenvariationen als bestimmende Faktoren hinzu. Die nationale Geldmenge – genommen als Bargeld (i.e. Zentralbankgeld) und das dieses ersetzende Buchgeld (Sichteinlagen und sog. near-moneys)<sup>12</sup> – fluktuiert zunächst in Abhängigkeit von den Saldenbewegungen der nationalen Devisenbilanz: ein Überschuss derselben, sei er durch die Leistungs- oder Kapitalbilanz induziert, führt via Zufluss von Devisen bei der Zentralbank zu einer spiegelbildlichen Geldmengenerhöhung in der inneren Zirkulation. Diese ist umso größer, je weniger der Wechselkurs der nationalen Währung durch die positive Zahlungsbilanz angestiegen ist; umgekehrt, umgekehrt. Dieser erste, durch die Devisenbilanz bestimmte Einflussfaktor der nationalen Geldmenge kann als marktbestimmter Einflussfaktor bezeichnet werden. Die Zirkulation dieses Bestandteils der nationalen Geldmenge gehorcht dem Gesetz der Wertzeichenzirkulation: jede Zentralbanknote, die durch Austausch mit Devisen geschaffen worden ist, verbleibt in der nationalen Zirkulation; erst die Umkehrung des Devisenbilanzsaldos führt zu gegenteiligen Bewegungen, d.h. zu einer Geldmengenreduzierung. Damit ist der dem Gesetz der Wertzeichenzirkulation gehorchende Teil der Geldmenge von geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbank nicht berührt.

Dies trifft nur auf den anderen Teil der Zentralbankgeldmenge zu, welcher größtmäßig durch die Gegenbuchungen zu den Bewegungen der Kreditbestände zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken (Refinanzierungskomponente) bezeichnet ist und kurzfristig mit den Fluktuationen dieser Kreditpositionen variiert. Dieser Geldmengenbestandteil gehorcht, weil über i.d.R. kurzfristige Kreditverhältnisse – früher rediskontierte Handelswechsel, heutzutage Geldmarktpapiere – in die Zirkulation entlassen dem sog. Rückflussgesetz der Kreditgeldzirkulation. Über die Zentralbank-Zinsen (Refinanzierungssätze) sowie Mengenkontingentierungen für die Refinanzierungsmittel des Geschäftsbankensystems kann die nationale Geldpolitik auf diesen Teil der Geldmenge steuernd einwirken. In der Regel ist dieser Einfluss der Geldpolitik zunächst reaktiv gegenüber den außenwirtschaftlich induzierten Geldmengenbewegungen, zum anderen sind alternative Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken zu berücksichtigen – daher besteht eine grundlegende Abhängigkeit der Notenbankzinsen von den Geldmarktsätzen – und endlich ist eine entsprechende Kreditnachfrage der sog. Nichtbankensektoren (Unternehmen, öffentliche und private Haushalte) vorausgesetzt, damit überhaupt Refinanzierungsbedarf für das Bankensystem entsteht. Geldpolitisch bewerkstelligte Verknappungen der Refinanzierung können marktmäßig bedingte Ausweitungen der Geldmenge sterilisieren oder überkompensieren. Umgekehrt kann eine expansive Geldpolitik mit niedrigen Refinanzierungssätzen negative Devisenbilanzsalden und eine entsprechende Geldvernichtung ausgleichen.

Wir betonen die Abhängigkeit der Zentralbank-Geldpolitik von marktbestimmten Rahmenbedingungen, um prinzipielle Grenzen des Steuerungseinflusses der Zentralbank deutlich zu machen. Die einfache Formel, aus dem Monopol der Zentralbank für die Zentralbankgeldschaffung und der Überlegung, dass Jeder schließlich nie genug vom allgemeinen Äquivalent zur Verfügung hat, auf eine steuerungspolitische Omnipotenz der Zentralbank-Geldpolitik zu schließen, greift erheblich zu kurz.<sup>13</sup> Diese Auffassung unterliegt aber und wird in der „fiat

<sup>12</sup> Die Lehrbuchvorstellung vom Geldschöpfungsprozess des Geschäftsbankensystems durch Kreation von Depositionen (auf Basis der Verfügung über Zentralbankgeld) ist also in Wirklichkeit ein Kreditschöpfungsprozess – in Abhängigkeit von der Nachfrage – und wirkt nicht geldschöpfend, sondern das Bargeld durch Buchgeld ersetzend, d.h. ökonomisierend.

<sup>13</sup> Generell gilt, dass die Geldpolitik nur im Einklang mit der jeweiligen Marktentwicklung nennenswerte Wirkung entfaltet hat – restriktiv bei sowieso ansteigenden Zinssätzen in einer späten Phase des zyklischen Auf-

money currency-These“ verbunden mit der schon von Marx kritisierten Vorstellung eines Güterhaufens, der in der Zirkulation über die Dazwischenkunft mit Geld seine Preisbestimmung erhält – der zusammenfassende Ausdruck ist bekanntlich die Fisher-Gleichung  $V \times P = M \times v$  mit  $V$  als Transaktionsvolumen (alias Güterhaufen), Preis als allgemeinem Preisniveau,  $M$  als Geldmenge und  $v$  als ihrer Umlaufgeschwindigkeit.

Im Gegensatz dazu lautet die Formel für den Binnenwert des Geldes im Rahmen der Werttheorie:  $? P = (M_{WZ} + M_{KG}) \times v$  mit  $? P$  als Gesamtsumme der innerhalb einer Zeitperiode auf den verschiedenen Märkten zu zirkulierenden (preisbestimmten) Waren,  $M_{WZ}$  als Zentralbankgeldmenge, der als Wertzeichen zirkuliert,  $M_{KG}$  als der andere Bestandteil, der dem Rückflussgesetz der Kreditgeldzirkulation unterliegt sowie  $v$  als Geldumlaufgeschwindigkeit. Da die Waren als preisbestimmte Waren in die Zirkulation treten, besteht die grundlegende Kausalbeziehung unserer Gleichung „von links nach rechts“, d.h. die Warenzirkulation bestimmt die Geldzirkulation auch quantitativ; Anpassungsvariablen sind mengenmäßig  $M_{KG}$  sowie  $v$  als zusammenfassenden Ausdruck für Kapitalumschlag, Kassenhaltung und Usancen des nationalen Geldsystems. Da aber nur  $M_{KG}$  infolge des Rückflussgesetzes über eine kurzfristig wirkende automatische Mengenanpassung verfügt, gibt es wegen des anderen Teils der Zentralbankgeldmenge  $M_{WZ}$  auch eine Rückwirkung von der rechten auf die linke Seite der Gleichung, d.h. einen genuin monetären Einfluss auf die Warenpreise, der sowohl die Kaufkraft einer Geldeinheit (im Inland) als auch den Binnen- und – via Wechselkurseinfluss oder direkt beim US-Dollar – den Außenwert der Währung gegenüber dem allgemeinen Äquivalent Gold affiziert. Letzteres ist dann gleichbedeutend mit einer Veränderung des Repräsentationsverhältnisses, die, soweit die Zentralbank eine allgemeine Deflationssituation verhindert bzw. verhindern kann, als Entwertung der Goldrepräsentanz einer Geldeinheit (Verminderung des Außenwerts) eine Inflation anzeigt.

Dieser alternative Inflationsbegriff wird in der Alltagspraxis überdeckt durch das sog. allgemeine Preisniveau bzw. dessen jeweils kurzfristige, von Jahr zu Jahr zu messende Veränderung, welche bei der Geldpolitik der Zentralbank die übergeordnete Zielgröße ist. Es ist hier analog wie bei der Erscheinung und Durchsetzungsform der Wertbestimmung durch die (Waren-) Preise: Zerfällung einer einheitlichen Werts substanz in wertgesetzlich bestimmte Wertfraktionen erscheint umgekehrt als Addition vorausgesetzter Kostpreisbestandteile und wird durch diese Preisbildung auch realisiert – hier erscheint der Goldbezug des Währungsaußenwerts und Denominationsprozess der binnenwirtschaftlichen Geldmenge umgekehrt als Demonetisierung der allgemeinen Äquivalentware und die Monetisierung des (Zeichen-) Geldes durch die seine Knappheit gewährleistende Geldpolitik der Zentralbank; letzteres, d.h. die Orientierung an der Erhaltung der Kaufkraft einer Geldeinheit exekutiert stets aufs Neue eine Denomination des nationalen Papiergeldes via beständiger Anpassung und Veränderung gegebener Relationen.

Die Gegenüberstellung der gängigen statistischen Preisbereinigung durch Ausweis makroökonomischer Größen, z.B. des Sozialprodukts zu Preisen eines Basisjahrs bzw. zu Vorjahrespreisen und die Interpretation der so gewonnenen Teuerungsrate als Inflationsrate, die zum Bezugspunkt der geldpolitischen Strategien und Interventionen der Zentralbank wird, hat sich von der werttheoretisch begründeten Inflationsbestimmung als Veränderung des Repräsentationsverhältnisses zwischen allgemeinem Äquivalent Gold und Papiergeld verselbstständigt –

---

schwungs zur Begrenzung der Preissteigerungen, fast bedeutender noch – am Beispiel der bundesdeutschen Entwicklung – expansiv-akkomodierend, nachdem die Zinshausse durch den der Krise folgenden Abschwung bereits gebrochen ist, um den weiteren Zinssenkungsprozess zu unterstützen und somit geldpolitisch dazu beizutragen, die Verluste des Abschwungs durch rascheres Erreichen des unteren konjunkturellen Wendepunktes zu reduzieren.

deshalb sprechen wir vom ‚losen Ende‘ des Denominationsprozesses der Repräsentativgeldwährungen und unterstützen politisch alle Bemühungen zur Verhinderung einer gewaltsamen Rückbindung dieses ‚losen Endes‘ durch einen Umschlag des (internationalen) Kredit- in das Monetarsystem. Dies bedeutet zugleich, dass die praktisch-wirtschaftspolitische Relevanz einer werttheoretisch begründeten Inflationstheorie für die alltägliche, kurzfristig angelegte Politik gering ist und nur in einer Abschätzung des ‚managebaren‘ Verselbstständigungspotentials auf dem Kreditwege geschöpfter internationaler Liquidität besteht. Die theoretische Relevanz, immanent genommen für die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie als eigenständiges Paradigma und nicht als beliebiger ‚Steinbruch‘ von Theorieversatzstücken, derer man sich eklektizistisch nach Belieben bedient, ist demgegenüber aber kaum zu überschätzen. Dies gilt auch hinsichtlich einer alternativ-werttheoretischen Analyse längerfristiger Entwicklungsperioden der Kapitalakkumulation als ‚Wertrechnung‘ (vgl. Pkt. 10).

### **8. Staatsintervention**

Der Staat gewinnt seine ökonomische Existenz über Steuern, Abgaben/Gebühren sowie – heutzutage in geringem Umfang – über Warenverkäufe öffentlicher Betriebe und Unternehmen, tritt als Käufer auf dem Arbeits- sowie Warenmärkten auf, erbringt öffentliche Dienste und leistet Geldtransfers an Unternehmen und Privathaushalte. Als wesentlich über Steuern und Abgaben finanzierter öffentlicher Haushalt ist der Staat ein ökonomisch abgeleiteter Bereich, der die vorgängigen Wertschöpfungsprozesse, d.h. die Erwirtschaftung des National-einkommen voraussetzt. Als Anwender von Arbeitskraft stiftet der öffentliche Sektor Beschäftigung für – im kapitalistischen Sinne – nicht produktive Arbeit; diese Arbeit schafft zwar Gebrauchswerte, erhöht somit auch den stofflichen Reichtum der Gesellschaft, schafft aber nur in Einzelfällen auch Werte, die über den Verkauf von Waren am Markt realisiert werden. Typisch ist die unentgeltliche Abgabe von öffentlichen Dienstleistungen – Marx sprach hier auch von ‚aufgedrungenen Diensten‘ – oder die Erhebung von Nutzungsgebühren, die nur eine Teilkostendeckung beinhalten. Werden doch materielle Produkte oder Dienstleistungen als Waren verkauft, so wird das gesamtwirtschaftliche Bruttoprodukt<sup>14</sup> durch diese Waren aus staatlicher Herstellung vergrößert – allerdings sind die Werte/Preise dieser Waren Kostpreise, d.h. die in ihnen vergegenständlichte Mehrarbeitszeit wird i.d.R. nicht preislich vergütet und ist schon gar Ziel und Zweck ihrer Produktion wie bei kapitalistischen Waren. Ob oder ob nicht Waren öffentlich hergestellt werden, folgt nicht aus der Natur ihres Gebrauchswerts, sondern ist Ausdruck politischer Willensverhältnisse, die bestimmte Produkte oder Bereiche zu öffentlich-allgemeinen Angelegenheiten bestimmen. Es ist daher durchaus normal, wenn die staatliche Aktivität im Zeitablauf ihre Inhalte verändert. Neben staatlich-hoheitlichen Kernaufgaben sind im engeren Sinne staatliche Produktionen auf jeweilige ökonomische Entwicklungsstufen bezogen, sollen öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, privatkapitalistische Krisen kompensieren und gesellschaftliche Entwicklungen/Steuerungen des Akkumulationsprozesses bewerkstelligen.

Als abgeleiteter Wirtschaftsbereich ist der öffentliche Haushalt ein bedeutsames Zentrum der Umverteilung marktbestimmter Einkommensverteilungen und Preisrelationen. Bereits die Erhebung von Steuern erbringt Umverteilungen, die seit jeher im Fokus der politischen Ökonomie gestanden haben; einem Bonmot von Alfred Marshall zufolge hat sogar kaum ein anderes Problem als das der Vor- und Rücküberwälzung steuerlicher Belastungen auf die Waren-

---

<sup>14</sup> Das Bruttoprodukt bezeichnet also das gesellschaftliche Gesamtwarenprodukt einer Periode (Jahr) und beinhaltet neben dem Produktenwert des Gesamtkapitals (sowie die Warenprodukten der nichtkapitalistischen „kleinen“ Warenproduktion) die vom Staat (sowie gfs. privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) als Waren auf den Markt gebrachten und verkauften Gebrauchswerte.

preise, d.h. die Identifikation der effektiven Steuer- und Abgabentraglast die Geister mehr beschäftigt. Eine operationalisierbare Wertbestimmung muss, theoretisch im Hinblick auf die Preistheorie, praktisch-empirisch im Hinblick auf die Zurechnung von Steuer- und Abgabenbelastungen auf funktionelle Einkommensformen, diese Frage schlüssig im Sinne der ursprünglichen Fragestellung etwa eines Ricardo beantworten.

Steuern und Abgaben von Wirtschaftssubjekten (Personen und Institutionen) sind unzweifelhaft Bestandteil des diesjährig erzeugten Wertprodukts, gleichgültig an welchen Tatbeständen/Bemessungsgrundlagen sie formal ansetzen und ob sie gfs. einzelwirtschaftlich als Preiszuschlag erscheinen (sog. indirekte oder Produktionssteuern). Daraus folgt, dass durch die Auferlegung von Steuern und Abgaben nur die relativen Preisen der Waren bzw. die Einkommensverteilung, nicht jedoch der Preisausdruck des Gesamtwarenprodukts (Bruttoprodukt) verändert werden.

Ein gegebenes Steuer- und Abgabensystem wird aber in den gesamtwirtschaftlichen Preisstrukturen „internalisiert“. Erst jeweilige Variationen von Steuer- und Abgabensätzen bringen neue Reaktionen hervor, die sich nach dem formalen Inzidenzkriterien (Steuer- und Abgabensatz, Besteuerungstatbestände/Bemessungsgrundlagen) differenzieren lassen. Es ergibt sich so eine Hierarchie von Weiterwälzungsmöglichkeiten, d.h. unterschiedliche Grade des Auseinandertretens von formaler und materialer Inzidenz.

Auf die Warenpreise einzelwirtschaftlich aufgeschlagene Steuern wie allgemeine Umsatzsteuer und spezielle Verbrauchssteuern sind am ehesten im Prozess des Profitratenausgleiches internalisierbar. Dies ist jedoch keineswegs gleichbedeutend mit unbedingter Abwälzbarkeit auf den Käufer der betreffenden Waren. Allerdings stellen derartige indirekte Steuern für das formal belastete Unternehmen Auszahlungen dar, die in die Kosten-Erlös-Kalkulation eingerechnet werden und somit der Bildung einer tendenziell ausgeglichenen Profitrate vorausgesetzt sind. Demgegenüber geht die Steuerbelastung des Einkommens nicht unmittelbar in die Ausrichtung der gesamtwirtschaftlichen Warenpreisstruktur ein, sondern spielt im Kalkül der Tarifvertragsparteien bei der Aushandlung der Geldlöhne am Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle: bei der Orientierung am prozentualen Arbeitslohn unter Berücksichtigung der verbleibenden Nettolohnbestandteile gehen Steuer- und Abgaben**veränderungen** zumindest mittelbar ein – es hängt vom Kräfteverhältnis am Arbeitsmarkt ab, welcher (Netto-) Reallohn schlussendlich für die Arbeiterklasse als Ganze sich herstellt. Schließlich ist es unter kapitalistischen Verhältnissen der Reallohn, welcher sich als letzte resultierende Variable des Akkumulationsprozesses im Durchschnitt eines Zyklus ergibt. So gesehen sind in aller Regel, vermittelt über den kapitalistischen Konjunktur- und Krisenzyklus, durch den sich das Kapital in seiner Akkumulationsbewegung unabhängig macht von der Entwicklung der gesamtgesellschaftlich disponiblen Arbeitsbevölkerung, die Unternehmen diejenigen, die hinsichtlich der Weiterwälzung der Steuer- und Abgabenbelastung am längeren Hebel. Jedenfalls gilt dies für die Unternehmen als Gesamtheit oder als gesellschaftlichen Gesamtkapital und für die längere, zyklenübergreifende Frist.

Neben der Belastung der verschiedenen Bestandteile des Nationaleinkommens durch Steuern und Abgaben, d.h. der Beziehung zwischen – entstandenem – Brutto- und Nettonationaleinkommen ist die Verteilungswirkung der Real- und Geldtransfers die nächste Stufe der öffentlich vermittelten Umverteilung. So unterscheiden sich bei den Staatsausgaben neben den nicht-reproduktiven Ausgabearten der Kernbereiche staatlich-hoheitlicher Funktionen unternehmens- und haushaltsreproduktive Dienstleistungen (Realtransfers) und Geldleistungen, letztere wiederum differenziert nach sozialen Haushaltstypen entsprechend der jeweilig dominierenden funktionellen Einkommensart des betreffenden Haushalts. Auch wenn eine kom-

plette Umverteilungsrechnung über die öffentlichen Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen nach wie vor fehlt, wissen wir doch, dass öffentliche Realtransfers vielfach eine regressive Verteilungswirkung haben, d.h. höhere Einkommen bevorteilen und die Ungleichheit erhöhen, während die Geldtransfers hauptsächlich Umverteilungen zwischen den lohnabhängigen Klassen bzw. aktiven und nicht mehr aktiven Teilen von Arbeiter- und lohnabhängiger Mittelklasse bewerkstelligen.<sup>15</sup> Der Sozialstaat als Veranstaltung des „Sozialismus in einer Klasse“ (F. Scharpf) bringt die großen Umverteilungswirkungen ebenso korrekt zum Ausdruck, wie dadurch sein systemspezifischer Charakter als bürgerlicher Sozialstaat prägnant charakterisiert wird.

Im konjunkturzyklischen Kontext bewirkt die Umverteilung durch den Sozialstaat durch die Lohnersatzleistungen eine Verstärkung der (privaten) Konsumnachfrage, die insbesondere im Abschwung stabilisierend wirkt. Ihr Rückgang wird verringert und, da es die konsumtive Endnachfrage ist, die in dieser Phase des Konjunkturzyklus die direkt steuernde Funktion für den Gesamtprozess innehat, wird der Periodenwechsel des Zyklus auf einem höheren Reproduktionsniveau und mit geringeren entwertungsbedingten Verlusten durchlaufen. In der langen Frist wird durch diese Verlustreduzierung die zyklendurchschnittliche Wachstumsrate erhöht. Eigentliche „diskretionäre“ Konjunkturpolitik durch Ausgabenprogramme etc. ist in der Vergangenheit nur selten und wenn, dann zögerlich und in aller Regel zu gering dimensioniert betrieben worden. Demzufolge waren die dadurch induzierten Strohfeuerereffekte mehr eine self-fulfilling prophecy als ein prinzipieller Defekt diskretionärer keynesianischer Nachfragepolitik, wie uns der herrschende main-stream in Wirtschaftstheorie und -politik immer wieder glauben machen will. Selbst eingedenk des Unterschiedes zwischen „bastardkeynesianischer“ Konjunkturpolitik und -steuerung einerseits und den wesentlich darüber hinaus gehenden Vorschlägen von Keynes selbst, muss jedoch auf die verbleibende Differenz zwischen einer linkskeynesianischen und einer sozialistischen Wirtschaftspolitik hingewiesen werden – um so mehr, als man unter Bedingungen verfestigter struktureller Überakkumulation von Kapital eine Aufhebung der verschiedenen ökonomischen, sozialstrukturellen und politischen Blockaden nicht mit den Instrumentarien der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts realisieren wird.<sup>16</sup>

### ***9. Modifikation des Wertgesetzes bei internationaler Anwendung***

Damit die Werttheorie theoretisch vollständig, empirisch gehaltvoll und operationalisierbar ist, muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Reproduktions- und Akkumulationsprozess im Spannungsfeld zwischen seinem nationalen Rahmen und seiner durch Außenwirtschaftstransaktionen vermittelten internationalen Vernetzung verläuft.

Oftmals wird aus dem Begriff des Kapitals als solchem sein international-kosmopolitischer Charakter abgeleitet, demgegenüber die nationale Daseinsweise durch exogene staatliche Regulierungen aufgezwungen würde. Dieser letztendlich ökonomistisch verkürzten Sichtweise ist entgegen zu halten, dass – bei aller Dominanz und selbstständigen Ausbildung des Ökonomischen gegenüber dem politischen System, wie es für die kapitalistische Produktionsweise typisch ist – die nationale Existenz des Gesamtkapitals und seines Reproduktions- und Akkumulationsprozesses eine ökonomische Kategorie sui generis ist: der Vollzug der ökonomischen Reproduktion ist nachgerade an politisch regulierte Märkte (Arbeits-, Waren- und Fi-

<sup>15</sup> Bei der Berechnung der Mehrwertrate für die Bundesrepublik seit 1950 haben wir nachgewiesen, dass die produktiven Arbeiter in der öffentlich vermittelten Umverteilung permanent verlieren und in den letzten gut 20 Jahren immer stärker verloren haben; vgl. dazu den Beitrag der „Wertrechnung“.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die grundsätzlich richtig bleibende Bewertung Keynescher Politik in Krüger 1984, S. 273 ff.

nanzmärkte) und politisch regulierte Institutionen wie Geld-, Kredit- und Bankensysteme sowie die vielfältigen ökonomischen Existenzen des Staates (und Sozialversicherungen) gebunden.

Die zentrale Steuerungsgröße des Akkumulationsprozesses, die Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Durchschnittsprofitrate, entsteht im nationalen Ausgleichsprozess der Branchenprofitraten als Anlagensphären des reproduktiven Nationalkapitals; sie ist daher nationale Profitrate im eminenten Sinne. Dass diese nationale Profitrate durch Außenwirtschaftstransaktionen in Niveau und Verlauf modifiziert wird, spricht nicht gegen diese Grundbestimmung, eröffnet allerdings ein neues Terrain internationaler Ausgleichsbewegungen, die von denen im nationalen Rahmen wesentlich verschieden sind. Demzufolge ist die Betrachtung der Weltmarktexistenz des nationalen Gesamtkapitals eine besondere Sparte der politischen Ökonomie, die systematisch auf der Betrachtung des nationalen Reproduktionsprozesses aufbaut und diesen rückwirkend modifiziert.

Marx sprach in diesem Kontext von der ‚Modifikation des Wertgesetzes in seiner internationalen Anwendung‘ (vgl. MEW 23, 584) und hob in der Fundamentalbestimmung auf eine gegenüber der binnenwirtschaftlichen Wertbildung unterschiedene Bewertung der produktiven Gesamtarbeit im internationalen Zusammentreffen der verschiedenen Nationalarbeiten ab. Während im nationalen Rahmen ein im Konjunkturzyklus etabliertes Niveau an Produktivität und Intensität der verausgabten Arbeit ein jeweils neues Maß gesellschaftlich notwendiger Arbeit bildet, d.h. nicht mehr als potenzierte Arbeit bei der Wertbildung zählt, wenn branchendurchschnittlich bzw. gesamtwirtschaftlich ausgeglichen, bleibt im internationalen Rahmen das jeweilig erreichte Niveau an Produktivität, Intensität und Qualität der produktiven nationalen Gesamtarbeit als wertbestimmende Variable erhalten.<sup>17</sup> Dies bedeutet, dass der Bezugsmaßstab verändert bzw. erweitert ist. Marx spricht von einer *„einer Stufenleiter (nationaler Arbeiten), deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit (auf dem Weltmarkt) ist“* (ib.); gemeint ist hiermit der Durchschnitt der Produktivität, Intensität und Qualität der produktiven Arbeiten der den Welthandel bestimmenden kapitalistischen Metropolen. Da der Bezugspunkt der Wertschöpfung das Nationalkapital und dessen (nationaler) Reproduktionsprozess bleibt<sup>18</sup>, impliziert diese ‚Stufenleiter nationaler Arbeiten‘ einen wertbestimmenden Einfluss nicht nur von relativen Verschiebungen zwischen den Nationalarbeiten auf der internationalen Stufenleiter durch unterschiedliche Entwicklungstempi nationaler Produktions- und Akkumulationsprozesse – dies vergleichbar mit zyklenübergreifenden binnenwirtschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen einfacher Durchschnittsarbeit und komplizierterer Arbeiten –, sondern darüber hinaus in Bezug auf die absoluten Niveauunterschiede dieser Arbeiten.

Diese international erfolgende Gewichtung der wertschöpfenden Potenz der nationalen Gesamtarbeit ergibt neben der im nationalen Rahmen spielenden Verschiebung des Verhältnisses zwischen einfacher und komplizierterer Arbeit einen neuen Faktor für eine sich ändernde Wertgröße eines quantitativ gleich gebliebenen Arbeitsquantums. Dieser Umstand beinhaltet eine (mit-) bestimmende Funktion des auswärtigen Handels für die nationale Wertschöpfung – nicht nur für die anhand der inländisch verfügbaren Gebrauchswerte (bei gegebener Wertgröße

---

<sup>17</sup> Dies gilt wohlgerne nicht nur für die Intensität der Arbeit, sondern ebensowohl für die Produktivität (und Qualität) der nationalen Arbeit: *„Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt, sooft die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf ihren Wert zu senken.“* (Ib.)

<sup>18</sup> Dies wird von Marx im vorliegenden Zusammenhang nochmals explizit betont, wenn er vom *„Weltmarkt (spricht / S.K.), dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind.“* (Ib.)

ße) gemessene Wohlfahrt, wie die klassische Außenhandelstheorie unterstellte (vgl. Ricardo 1817/1959, 114 ff.).

Zur Erklärung dieses Resultats ist der *modus operandi* international wirkender Ausgleichsprozesse kurz zu skizzieren; er beinhaltet die Vermittlung über den monetären Ausdruck in Abhängigkeit von der Beschaffenheit des internationalen Währungszusammenhangs.

Unmittelbar bedeutet diese Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, dass gleich große absolute Quanta unterschiedlicher Nationalarbeiten unterschiedliche Produktmengen und Wertgrößen erbringen, die sich – bei international ausgeglichenen Preisnotierungen (Weltmarktpreisen) – auch in unterschiedlichen Wertausdrücken in Geld (Gold) darstellen; die Äquivalenz des Austausches wird durch die verschiedene Gewichtung der Wertschöpfungspotenz der Nationalarbeiten gewährleistet bzw. hergestellt.<sup>19</sup>

Unterschiedliche Entwicklungen der nationalen Akkumulationsprozesse und verschiedene Geschwindigkeiten der nationalen Produktivitäts-, Intensitäts- und Qualitätsentwicklung, d.h. eine im Zeitablauf sich vollziehende Verschiebung der internationalen Stufenleiter der Nationalarbeiten berühren die jeweiligen Kostpreise und konstituieren Surplus-Profiten bzw. Profitabzüge der im Außenhandel gewinnenden oder verlierenden Einzelkapitale. Geschieht dies nicht nur punktuell, sondern – da es sich um international über- bzw. unterdurchschnittlich gestiegene Produktivität, Intensität und Qualität der nationalen Gesamtarbeit unter Voraussetzung nationaler Ausgleichsprozesse zur allgemeinen Mehrwert- und Profitrate handelt – über die Breite des gesamten Außenhandelssortiments, muss sich die Handelsbilanz des betrachteten Landes verbessern oder verschlechtern, und zwar nicht nur wegen gesteigerter/gesunkener Exporte, sondern ebenso auf Grund der aus denselben Ursachen verbesserten/verschlechterten Konkurrenzposition heimischer Anbieter gegenüber ausländischer Importware. Abgesehen von der sog. Naturbasis der nationalen Handelsbilanz in Folge der heimischen Rohstoffvorkommen, d.h. abgesehen von nicht-substituierbaren Importwaren, gehen wachsende Handelsbilanzüberschüsse mit Surplusprofiten der heimischen Produzenten einher, die in den nationalen Ausgleichsprozess der Profitraten eingehen und das Niveau der nationalen Durchschnittsprofitrate erhöhen; Spiegelbildliches gilt für die Wettbewerbsverlierer mit verschlechterter Handelsbilanz.

Entscheidend für den weiteren Verlauf wird nun die Verwendung des vorerst in Geld (Gold) vorliegenden Außenhandelsüberschusses. Unmittelbar wirkt er zinssenkend. Darüber hinaus stättet er die nationale Nachfrage mit zusätzlicher Kaufkraft aus, die – *ceteris paribus* – kurzfristig die Marktpreise steigen lässt. Diese durch Außenhandelsüberschüsse induzierte Steigerung der Marktpreise des nationalen Warenprodukts markiert dabei keinen Inflationsprozess – dieser ist *eo ipso* bei der zunächst (theoretisch) unterlegten Goldwährung ausgeschlossen – sondern wirkt analog wie durch zusätzlichen Kredit bewerkstelligte Beschleunigung der Kapitalakkumulation. Gestiegene Preise der nationalen Waren wirken allerdings der weiteren Verstärkung der Außenhandelsposition des betreffenden Landes entgegen, wenn sie nicht durch fortgesetzte überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen konterkariert werden. Gleichwohl bleibt in dem betrachteten Prozess die Erhöhung der Warenpreise durch die Surplusprofite aus dem Außenhandel ein nachhaltiges Moment gegenüber den Preisen ohne jene Surplusprofite; das Umgekehrte, „gewaltsame“ Nachfragereduktion durch Goldabfluss, Zinssteigerung und erzwungene Nachfragekontraktion, findet bei den Verlierernationen auf dem Weltmarkt statt und reduziert *ceteris paribus* den Preisausdruck ihrer Produktenwerte.

---

<sup>19</sup> Richtigerweise sollte von einer Gewichtung der Wertschöpfungspotenz verschiedener Nationalarbeiten gesprochen werden und nicht von einem Arbeitstransfer aus Ländern mit niedrigerer Produktivität etc. in solche mit höherer.

In der Tat ist die binnenwirtschaftliche Verwendung der aus dem auswärtigen Handel stammenden zuschüssigen Kaufkraft das entscheidende Moment. Eine Vergrößerung des nationalen Akkumulationsfonds verstärkt mit einer Erhöhung der Akkumulations- und Wachstumsrate die Tendenz weiterer Produktivitäts-, Intensitäts- und Qualitätssteigerungen der nationalen Gesamtarbeit, während eine vorwiegend konsumtive Nachfragesteigerung erheblich geringere Wachstumseffekte auslöst.

Die sich über die nachhaltige, d.h. die internationale Bewertung der Wertschöpfungspotenz der Nationalarbeiten ergebende Modifikation des Preisausdrucks der resp. Gesamtprodukte ergebende Nivellierungs- oder internationale Angleichungstendenz von Preisen und Profitraten, die das Auseinanderdriften der internationalen Konkurrenzpositionen um den „Preis“ allerdings zunehmender Ungleichheiten zwischen ihren Nationalarbeiten begrenzt, wird bei inkonvertiblem Repräsentativgeld und Aufkündigung eines festen Gold-Devisenstandards auf dem Weltmarkt modifiziert. Die durch die außenwirtschaftlich induzierte Vermehrung (Verminderung) des Preis- und Wertausdrucks des nationalen Gesamtprodukts bedingte Preissteigerung (Preissenkung) differenziert sich nun in eine Wechselkurs- und Preiskomponente. Unmittelbar führt die Verbesserung der nationalen Handelsbilanz zu einer Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage der beteiligten Währungen am Devisenmarkt mit dem Ergebnis einer Aufwertung der nationalen Währung gegenüber den Länderwährungen, gegen die die Verbesserung der Handelsbilanz erzielt wurde. Nur wenn die Zentralbank durch eine die binnenwirtschaftlich zirkulierende Geldmenge erhöhende Intervention – Schöpfung von Wertzeichen durch Ankauf von Devisen – diese Aufwertung vollständig konterkarierte, so dass der Wechselkurs der heimischen Währung konstant bliebe, ergäbe sich eine vergleichbare binnenwirtschaftliche Konstellation wie bei der unterstellten Goldwährung (bzw. goldkonvertibler Banknotenzirkulation im Innern). In allen Fällen einer gleichzeitigen Aufwertung zusammen mit einer (außenwirtschaftlich induzierten) Geldmengenerhöhung ( $M_{WZ}$ ) würde sich der Effekt auf Preis- und Wechselkursvariationen verteilen. Veränderungen der Wechselkurse würden somit die gleichgerichteten Preisvariationen – ceteris paribus – vermindern und eine Palliativfunktion gegenüber der Binnenwirtschaft ausüben.<sup>20</sup>

Somit zeigt sich, dass unter Bedingungen inkonvertiblen Repräsentativgeldes die Einflussmöglichkeiten der Zentralbank wachsen. Sie könnte im Extremfall – bei Verteidigung des Wechselkurses der heimischen Währung – die durch die Devisenmarktintervention geschöpfte Geldmenge  $M_{WZ}$  durch eine nachträgliche Sterilisierungspolitik: Verknappung des Kreditgeldumlaufes -?  $M_{KG}$  wieder zunichte machen. Eine solche an unbedingter Preisstabilität orientierte Politik bei gleichzeitiger Unterbewertung der heimischen Währung bedeutete eine aggressive Exportforcierung auf Kosten der binnenwirtschaftlichen Konsumtion; im Maße wie steigende Welthandelsanteile auf diese Weise errungen werden, ist dies die „klassische“ Methode, Arbeitslosigkeit in andere Länder zu exportieren.

Mit zunehmender Verselbstständigung der Geldkapital- gegenüber der Realkapitalakkumulation wird der Wechselkurs einer Währung jedoch nicht mehr nur stärker von währungsüberschreitenden Geldkapitalbewegungen bestimmt, sondern darüber hinaus von reinen spekulativen Prozessen, die mit der reproduktiven Akkumulation bzw. der außenwirtschaftlichen Grundbilanz eines Landes kaum mehr etwas zu tun haben, beeinflusst. Die Zunahme an geldpolitischer Steuerungspotenz der Zentralbank durch die evolutionären Entwicklungsprozesse im Geld- und internationalen Währungszusammenhang gehen in dem Maße wieder verloren,

---

<sup>20</sup> Entsprechendes gilt letztendlich auch unter Bedingungen eines Gold-Devisen-Standards (Bretton-Woods-Währungssystem), da auch die ‚fixen‘ Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen angepasst werden mussten, wenn die internationalen Disparitäten und ihre monetären Folgewirkungen ein zu großes Ausmaß angenommen hatten.

wie der Anteil erratischer Geldkapitalbewegungen am währungsüberschreitenden Transaktionsvolumen auf dem Weltmarkt zunimmt. Auch unter diesen Bedingungen einer fortgeschrittenen Überakkumulation von Kapital und überbordender Geldkapitalakkumulation noch Preisstabilität am gesamtwirtschaftlichen Warenmarkt und Wechselkurspolitik zugunsten der heimischen Exportwirtschaft zu betreiben, steigert die Verluste an binnenwirtschaftlicher Nachfrage und Wertschöpfung und potenziert die ungleichmäßige Entwicklung der Nationalkapitale und Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt.

### ***10. Illustrationen: Zum Verhältnis von Wertschöpfung, Preisausdruck und Arbeitsvolumen am Beispiel der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung (1950-2003)***

Die Werttheorie muss operationalisierbar sein, um als empirisch gehaltvoll gelten zu können. Eine werttheoretisch geleitete Operationalisierung statistischer Daten bricht mit einigen gängigen Vorstellungen und den ihnen gemäßen Kategorien, die nicht nur für den Ökonomen, sondern gerade für den Alltagsverstand bereits zu unumstößlichen Gewissheiten geworden sind. Eine ‚Wertrechnung‘ der Kapitalakkumulation beinhaltet nicht nur eine Umrechnung und Umgruppierung statistischer Marktpreisgrößen, sondern führt darüber hinaus zu qualitativ anderen Schlussfolgerungen für die Wertproduktion. Dies soll nachfolgend anhand des Verhältnisses zwischen gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung, ihres Preisausdrucks sowie der dazu verausgabten Gesamtarbeit illustriert werden; dies unterstellt die Operationalisierung eines alternativen Ansatzes zur Inflationsmessung, dessen Ergebnisse mit den von der offiziellen Statistik ausgewiesenen Preissteigerungsraten verglichen wird.

Der nachfolgend zur Illustration ins Auge gefasste Zeitraum umfasst knapp 55 Jahre Kapitalakkumulation in der Bundesrepublik Deutschland (1950-2003); diese Periode umfasst insgesamt 9 vollständige Konjunkturzyklen, und zwar 5 Prosperitätszyklen von 4 bis 5 Jahren Dauer, den VI. Nachkriegszyklus, in dem sich mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 der Übergang vom beschleunigten Verlauf der Akkumulation in eine strukturelle Überakkumulation von Kapital vollzieht sowie die nachfolgenden 3 Überakkumulationszyklen mit längerer Zeitdauer (7-11 Jahre) und unregelmäßigen Oszillationen, davon den IX. Nachkriegszyklus (1994-2003) mit vergrößertem Gebietsstand und größerer Bevölkerung nach dem Zusammenbruch der DDR. Wir betrachten unter dem Aspekt des Ausgleiches von Marktpreisen zu (Markt-) Produktionspreisen bzw. zu Werten jeweilige Zyklendurchschnittswerte für monetäre Größen und gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumina; als derartige Durchschnitte sind sie durch das zyklische Auf und Ab heraus gebildet worden. In der Abfolge der Konjunkturzyklen setzen sich die Gesetze der Produktion und Zirkulation des Kapitals als Tendenzen durch; auch für sie gilt, dass – von nur empirisch registrierbaren Tatbeständen wirklicher Zeitgeschichte sowieso abgesehen – die Stärke und Geschwindigkeit der Entwicklungstendenzen nicht vorab fest bestimmbar sind, sondern durch den zyklischen Prozess erst herausmodelliert werden.

#### ***10.1. Gesamtwirtschaftliches produktives Arbeitsvolumen***

Konfrontiert man in einem ersten Schritt die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Wertprodukts (in DM) mit dem in Stunden gemessenen produktiven Arbeitsvolumen, so stehen sich – allerdings unter Einrechnung des vergrößerten Gebiets- und Bevölkerungsstandes im letzten Zyklus – eine Verdreiundzwanzigfachung der Geldgröße und eine Erhöhung der produktiven Arbeitsstunden um gerade einmal 10% der Ausgangsgröße im I. Zyklus gegenüber.

Der werttheoretische Zugang zum Zusammenhang und intertemporalen Vergleich zwischen den monetären Variablen sowie dem Arbeitsvolumen setzt zu allererst die Bestimmung der Gewichtungsfaktoren für die Wertschöpfungspotenz der produktiven Nationalarbeit in der langen, zyklenübergreifenden Frist voraus.

**Tabelle 1: Produktenwert und Wertprodukt sowie produktives Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland; jeweils Zyklendurchschnitte**

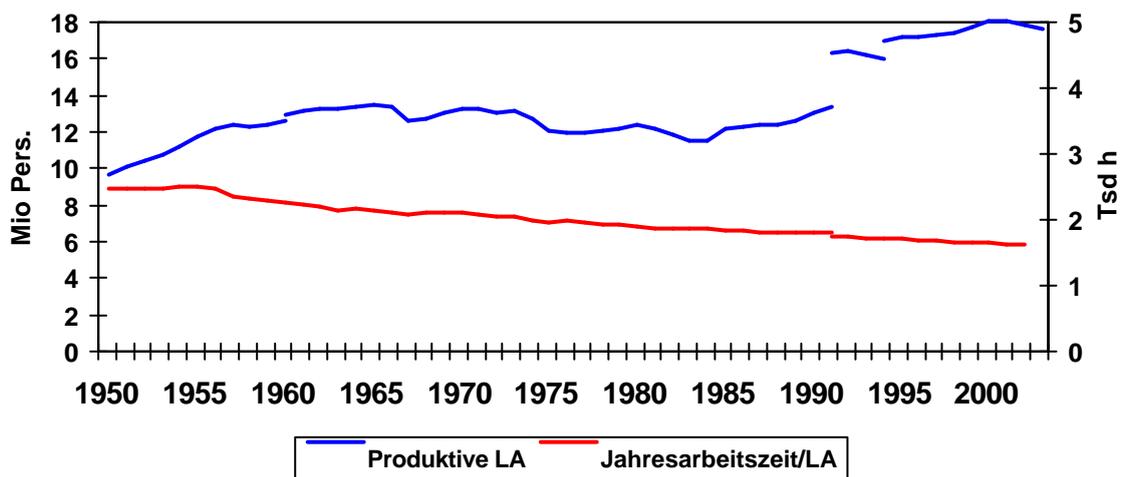
Zyklus	Produktenwert Mio DM	Wertprodukt Mio DM	Arbeitsvolumen Mio h
1950-1953*	224.315	114.901	20.963
1954-1958*	356.118	180.438	23.775
1959-1963*	548.908	284.560	23.781
1964-1967*	767.335	400.682	22.981
1968-1971	995.443	494.413	22.399
1972-1975	1.439.118	715.574	20.702
1976-1982	2.126.987	1.023.988	18.423
1983-1993	2.936.544	1.634.111	18.103
1994-2003	5.314.744	2.716.824	23.218

\* Umsatzsteuerverbuchung nach dem Bruttoprinzip

Gebietsstände: bis 1960 BRD-alt ohne Saarland, ab 1994 Gesamtdeutschland

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

**Abbildung 1: Produktives Arbeitsvolumen – Bestimmungsgründe**



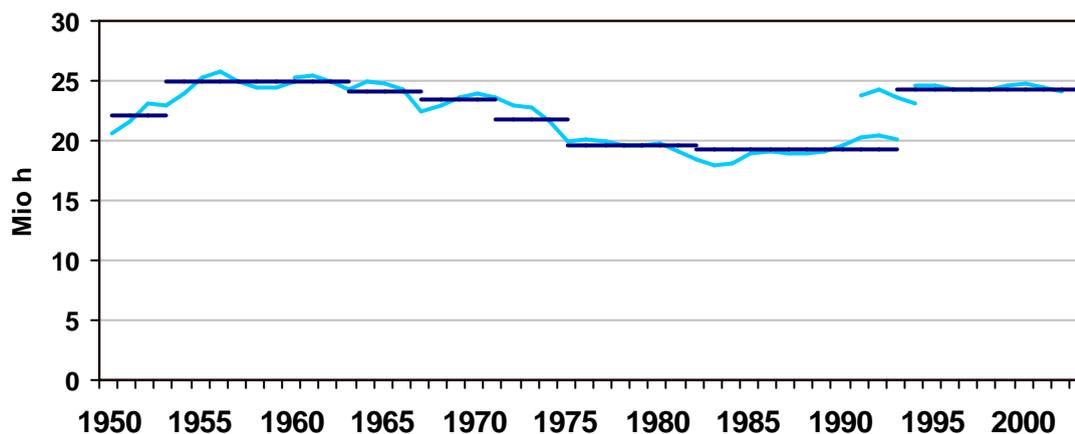
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie eigene Berechnungen

Die Entwicklung des in Tabelle 1 ausgewiesenen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens ist ursächlich zum einen auf die Entwicklung der Anzahl produktiver Lohnarbeiter, zum anderen auf die im Betrachtungszeitraum sich vollziehende Jahresarbeitszeitverkürzung zurück zu führen. Bis Mitte der 60er Jahre, d.h. bis zum Beginn des Abschwungs des IV. Zyklus, nimmt die Anzahl der produktiv Tätigen beim BRD-Gesamtkapital noch zu, verharrt danach – von zyklischen Fluktuationen abgesehen – bis zum Abschwung des VI. Zyklus auf dem erreichten

Niveau und geht danach absolut zurück. Die niedrigste Anzahl produktiver Lohnarbeiter wird im Tiefpunkt des Abschwungs 1980-82 erreicht. Im folgenden VIII. Zyklus (1983-1993) wird zunächst das Durchschnittsniveau des Vorzyklus erreicht; im Zuge der DDR-Anschlusskonjunktur 1990/91 vollzieht sich ein deutlicher Beschäftigungsaufbau. In der Zeit danach ergibt sich durch den vergrößerten Gebiets- und Bevölkerungsstand ein neues Niveau der produktiven Basis, welches aber im Vergleich zur alten BRD relativ deutlich niedriger liegt: bei einem Bevölkerungszuwachs von etwa 15 Mio Personen steigt die Anzahl produktiv Tätiger um etwa 3 Mio. Dies ist Ausdruck der geringen produktiven Basis Ostdeutschlands.

Gleichzeitig vollzieht sich während des gesamten Betrachtungszeitraums eine deutliche Verkürzung der effektiv pro Jahr geleisteten Arbeitszeit und zwar – nur das erste und letzte Jahr miteinander verglichen – um fast 40 vH. Dies ist Ergebnis der Wochenarbeitszeitverkürzung, verlängerter Urlaubszeit pro Jahr sowie eines gestiegenen Anteils von Teilzeitarbeit in den letzten Jahrzehnten. Zyklendurchschnittlich betrachtet sinkt die Jahresarbeitszeit von 2.225 h im I. auf 1.408 h im IX. Zyklus und für Gesamtdeutschland. Die seit dem Abschwung dieses Zyklus sich anbahnende Umkehrung dieser langfristigen Tendenz für Vollzeitarbeitskräfte schlägt vorliegend wegen des steigenden Anteils von Teilzeitarbeit noch nicht in den Gesamtzahlen durch.

**Abbildung 2: Produktives Arbeitsvolumen, Ausgangswerte**



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie eigene Berechnungen

Die größte Ausdehnung des produktiven Arbeitsvolumens wird im II. und III. Zyklus erreicht. Der Rückgang beginnt infolge des Arbeitszeiteffektes bereits mit dem IV. Zyklus. Das niedrigste Niveau liegt in den beiden Überakkumulationszyklen des BRD-Kapitals (der alten Bundesrepublik). Aber auch für den IX. Zyklus hatten wir bereits festgestellt, dass die Niveauerhöhung gemessen an der vergrößerten Bevölkerung eine relative Abnahme aufweist; diese ist aufgrund weiterhin zurückgehender Jahresarbeitszeit pro Lohnarbeiter sogar noch deutlicher ausgeprägt.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die vorstehend dokumentierten Ausgangswerte des in Stunden gemessenen produktiven Arbeitsvolumens (Index 0) noch keine homogene wertschöpfende Arbeit ausweisen. Auch wenn berücksichtigt wird, dass für jeden Zyklus ein neues Maß von durchschnittlich produktiver und intensiver Arbeit als wertbildender gesellschaftlich notwendiger Arbeit etabliert wird, verändert sich gleichzeitig die Zusammensetzung der produktiven Gesamtarbeit nach einfacher und komplizierter Arbeit. Oberflächlich erscheint

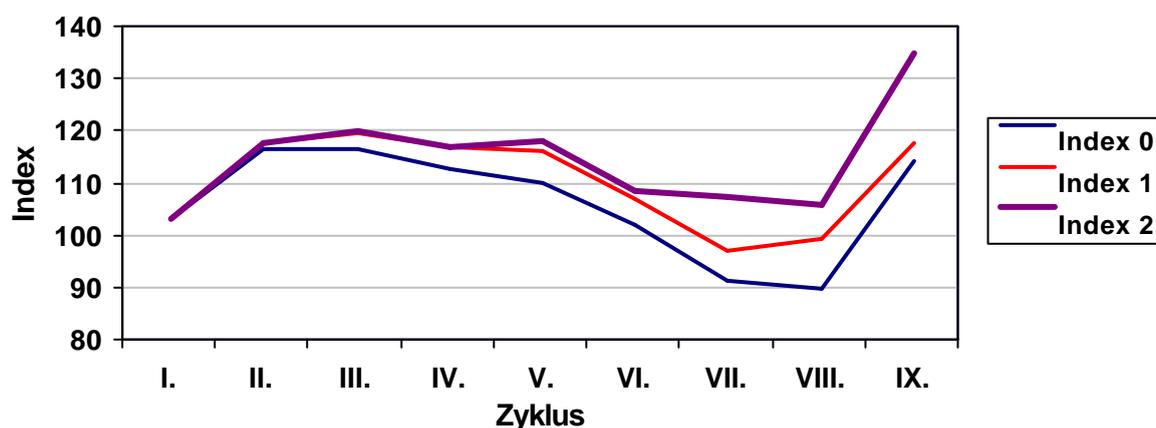
dies als langfristig zunehmender Anteil technischer Angestellter an den produktiven Lohnarbeitern insgesamt. Indiziert man dieses Verhältnis von einfacher und komplizierter Arbeit sowie das Maß der Reduktion der letzteren auf die erstere anhand der Lohn- und Gehaltsdifferenziale der produktiv Beschäftigten, so ergibt sich eine im Zeitablauf gestiegene Qualität der produktiven Nationalarbeit, die eine gesteigerte Wertbildung nach sich zieht.

**Tabelle 2: Produktives Arbeitsvolumen des BRD-Kapitals; Ausgangswerte und Gewichtungen**

Zyklus	Ausgangswerte Mio h	Index 0 I = 100	Index 1 I = 100	Index 2 I = 100
I.	20.963	100	100	100
II.	23.775	113	114	114
III.	23.781	113	116	117
IV.	22.981	110	114	114
V.	22.399	107	113	115
VI.	20.702	99	104	105
VII.	18.423	88	94	104
VIII.	18.103	86	98	102
IX.	23.218	111	114	132

Quelle: eigene Berechnungen

**Abbildung 3: Produktives Arbeitsvolumen: Ausgangswerte und Gewichtungen**



Quelle: Tabelle 2

Trotz dieser Gewichtung der produktiven Arbeit, die im Resultat das Maß für homogene nationale Arbeit indiziert (Index 1), ist nach der Erhöhung vom I. auf den II. sowie vom II. auf den III. Zyklus in der Folgezeit eine Stagnation auf dem erreichten Niveau auszumachen. Mit dem VI. Zyklus ergibt sich eine deutliche Abnahme, womit die These bestätigt wird, dass sich in dieser Zeit der Übergang in eine strukturelle Überakkumulation von Kapital in der BRD vollzieht, der in der Krise 1974/75 eklatiert. Im VIII. Zyklus deutet sich eine Stabilisierung an, die allerdings weitgehend durch die singulären Effekte der DDR-Anschlusskonjunktur

hervorgerufen wird. Das höhere Niveau im IX. Zyklus verdankt sich dem vergrößerten Gebietsstand sowie der größeren Bevölkerung im vereinigten Gesamtdeutschland.

Index 1 umfasst allerdings noch nicht alle relevanten Gewichtungen der nationalen Wertschöpfung, da der Außenwirtschaftseinfluss noch unberücksichtigt geblieben ist. Wird die Verschiebung der relativen Position der BRD-Nationalarbeit zur universellen Arbeit auf dem Weltmarkt anhand der Entwicklung der Wechselkurse der nationalen Währung erfasst, ergibt sich Index 2. Dieser Index bzw. seine Differenz zu Index 1 berücksichtigt den außenwirtschaftlichen Einfluss auf die nationale Wertbildung sehr vorsichtig, da die Entwicklung des multilateralen DM-Wechselkurses nur mit dem Gewicht der Exportproduktion in die nationale Wertschöpfung eingerechnet wurde.

Die Auseinanderentwicklung zwischen Index 2 und Index 1 beginnt mit dem V. und VI. Zyklus und steigert sich deutlich mit dem VII. Zyklus (1976-1982), weil in der vorangegangenen Periode unter dem Bretton-Woods-Währungssystem die Wechselkursänderungen der DM nur punktuell und in einem geringen Ausmaß erfolgten. Dies bedeutet, dass die Überakkumulationssituation des bundesdeutschen Kapitals zu einem gewichtigen Teil durch positive Außenwirtschaftseinflüsse, d.h. durch Höherbewertung der Nationalarbeit gegenüber den wichtigsten Weltmarktkonkurrenten, in deren nationale Reproduktionsprozesse zugleich der überwiegende Anteil der BRD-Exporte geht, abgemildert werden konnte. Die Höherbewertung der D-Mark, als gewogene Aufwertung gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner gemessen, indiziert diesen Sachverhalt.

Ziehen wir ein Zwischenfazit. Die nähere Auseinanderlegung der Bestimmungsgründe des produktiven Arbeitsvolumens der bundesdeutschen Volkswirtschaft hat deutlich gemacht, dass die anfängliche Ausweitung der produktiven Basis, die namentlich durch extensive Ausdehnung der produktiven Beschäftigung erfolgt ist, mehr und mehr durch zunächst binnenwirtschaftliche Qualitätssteigerung – Zunahme des Anteils komplizierter Arbeiten – abgelöst bzw. stabilisiert wurde. Gleichwohl konnte dies den durch immanente Gesetzmäßigkeiten verursachten Übergang des BRD-Akkumulationsprozesses in eine Überakkumulationssituation nicht verhindern. Allerdings konnten bislang die damit verbundenen wirtschaftlichen Lasten und Verluste zu einem Teil durch positive Außenwirtschaftseinflüsse kompensiert werden.

Diese grobe Periodeneinteilung – extensive Ausdehnung, intensive Stabilisierung, außenwirtschaftlich flankierte Verlustbegrenzung – darf allerdings nicht mit der alten These einer extensiven und intensiven Phase der BRD-Akkumulation aus den 70er Jahren verwechselt werden. Unsere damalige Kritik – die kapitalistische Akkumulation vollzieht sich in jedem Augenblick als Zusammenspiel zwischen extensiver Ausdehnung der Produktion und intensiver, d.h. produktivitätsinduzierter Umwälzung gegebener Produktionsstrukturen und -organisationen – bleibt nicht nur in vollem Umfang gültig, sondern muss auch unter anderem Aspekt wiederholt und betont werden. Zwar haben wir durch die vorstehend vorgenommene Indexierung der (zyklendurchschnittlichen) Gewichtungsfaktoren des produktiven Arbeitsvolumens langfristige (zyklenübergreifende) Veränderungen identifiziert, jedoch nicht die allgemeine langfristige Steigerung des Durchschnittsniveaus an Produktivität, Intensität und Qualität der produktiven Nationalarbeit für einen intertemporalen Vergleich vollständig erfasst. Es ist diese sich von Zyklus zu Zyklus vollziehende Steigerung des jeweiligen zyklischen Bezugs- oder Durchschnittsniveaus der Wertschöpfung, die – längere Perioden betrachtet – die kapitalistische Dynamik mit ihrem unbändigen Drang und Zwang zur Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit ausmacht. Sie drückt sich aus in der Vermehrung der Gebrauchswerte; diese stoffliche Vermehrung gegebener Wertgrößen wird zu einer eigenständigen Produktions- und Akkumulationspotenz und wirkt auf die Wertproduktion zurück.

## 10.2. Goldpreis bzw. Währungsaußenwerte und Bestimmungsgründe

Für die Aufbereitung und Interpretation der nachfolgend dokumentierten Daten ist es sachgerecht, den Betrachtungszeitraum in zwei Perioden zu differenzieren, die sowohl nach den fundamental ökonomischen Entwicklungsbedingungen als auch den geld- und währungsmäßigen Verhältnissen unterschieden sind:

- die Periode bis Anfang bzw. Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts – I. bis V. Nachkriegszyklus – unter den Bedingungen einer international beschleunigten Kapitalakkumulation und dem Regime des Gold-Dollar-Standards mit festen Wechselkursen zwischen den wichtigsten Währungen auf dem Weltmarkt mit dem folgenden VI. Nachkriegszyklus als Übergang in einen veränderten Akkumulationsverlauf sowie der Auflösung des Bretton-Woods-Währungssystems sowie
- zweitens die nachfolgende Periode einer strukturelle Überakkumulation von Kapital und zunehmend krisenhaften Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten (Verschuldungskrisen, Börsencrashes und Währungsturbulenzen).

**Tabelle 3: Produktivitätsentwicklungen**

Zyklus	BRD-Industrie		US-Industrie		Goldproduktion	
	Index	zykl. Veränd.	Index	zykl. Veränd.	Index	zykl. Veränd.
I.	100	-	100	-	100	-
II.	125	25,4	109	9,0	122	21,9
III.	170	35,2	117	7,3	158	29,8
IV.	217	28,2	140	20,0	215	35,8
V.	266	22,5	156	11,4	230	6,9
VI.	327	22,7	178	14,1	197	-14,5
VI.	100	-	100	-	100	-
VII.	122	22,0	116	16,0	76	-24,0
VIII.	150	23,0	147	26,7	63	-17,1
IX.	183	22,0	206	40,1	87	38,1

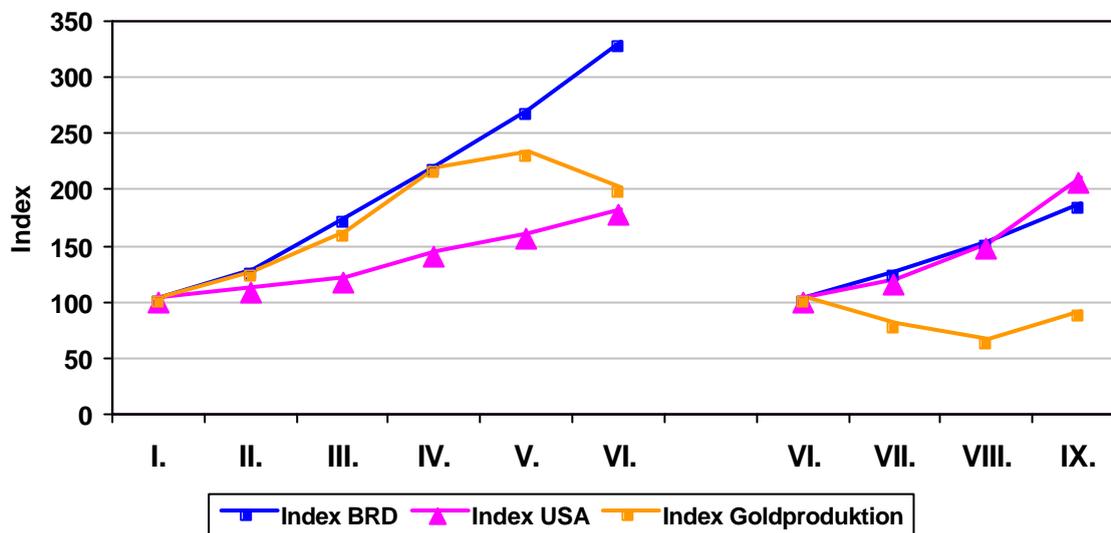
Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistical Abstract of the US, SA Chamber of Mines

Die differentielle Produktivitätsentwicklung zwischen der BRD-Warenproduktion (Industrie) und der, trotz sinkenden Weltmarktanteilen, nach wie vor bestimmenden südafrikanischen Goldproduktion zeigt einen ziemlichen Gleichlauf bis inkl. des IV. Zyklus; danach tut sich eine erhebliche Lücke auf, die durch teilweise absolut zurück gehende Produktivitäten in der Goldproduktion – bedingt durch abnehmende natürliche Fruchtbarkeiten der exploitierten Minen – vergrößert wird: Gold wird also im Vergleich zu den BRD-Waren erheblich wertvoller, was ceteris paribus zu steigenden Einzelpreisen führen würde.

In der nachfolgenden Periode setzt sich die Auseinanderentwicklung im Wert der Waren einerseits – nunmehr allerdings mit etwas rascherem Produktivitätsfortschritt in den USA – und dem Wert des Goldes andererseits beschleunigt fort. Es wird deutlich, dass die Wertentwicklung des Goldes eine erhebliche Warenpreisvolatilität hervorrufen würde, wenn die Waren-

preise noch in Goldpreisen ausgedrückt würden bzw. eine direkte Goldbeziehung des Geldes bestünde.

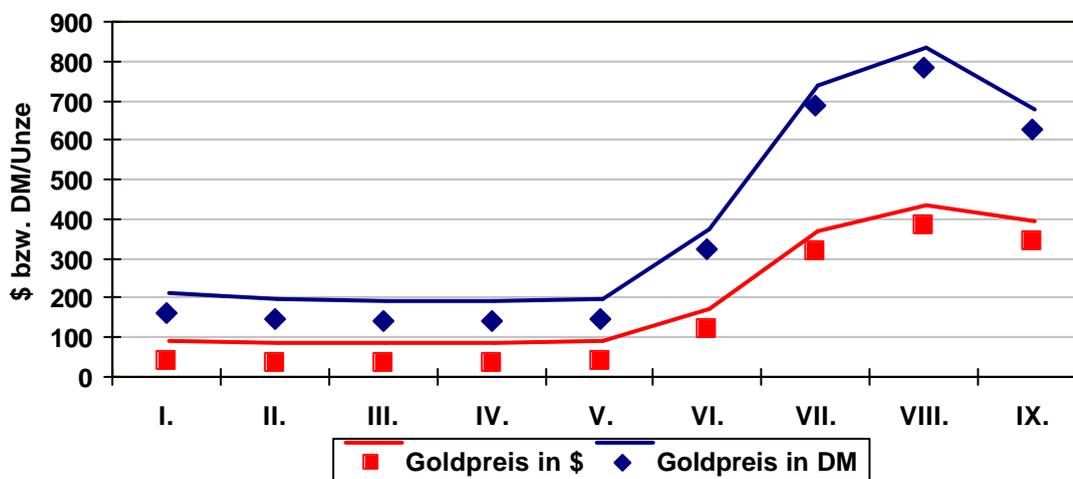
**Abbildung 4: Produktivitätsentwicklung BRD- und USA-Warenproduktion, süd-afrikanischer Goldproduktion**



Quelle: Statistisches Bundesamt, South African Chamber of Mines, jeweils versch. Jahrgänge

Die bekannte Entwicklung des Goldpreises (in US-Dollar) – vgl. Abb. 5 – ist zunächst das Ergebnis der Auseinanderentwicklung der Produktivitätsentwicklungen bei den Waren einerseits und dem Gold andererseits; die kurzfristig übersteigerten spekulativen Einflüsse sind in den Durchschnittspreisen pro Zyklus kompensiert. Der Goldpreis in US-\$ ist sodann Basis für den Preisausdruck in D-Mark, der sich über den bilateralen \$-DM-Wechselkurs ergibt und über Arbitragegeschäfte in der Praxis herausgesetzt wird.

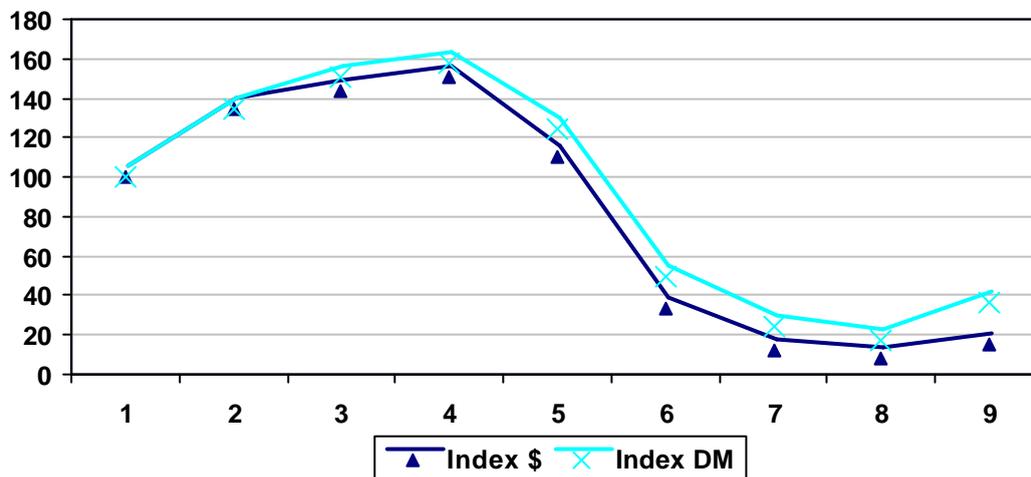
**Abbildung 5: Zyklendurchschnittlicher Goldpreis in US-Dollar und D-Mark**



Quelle: Picks Currency Yearbooks, Deutsche Bundesbank

Die Außenwerte beider Währungen – Inverse des Goldpreises – zeigen dasselbe Bild als Aufwertung der D-Mark gegenüber der US-Währung. Weil der produktivitätsbedingte Einfluss der Wertänderungen von 1 Unze Gold auf alle (devisen-)konvertiblen Währungen in gleichem Maße wirkt – vorliegend verantwortlich für die große Bewegung des Anstiegs der Währungsaußenwerte bis einschl. IV. Zyklus sowie die nachfolgende deutliche Verringerung vom V. bis VII. sowie den leichten erneuten Anstieg im IX. Zyklus (vgl. Abb. 6) –, kann er herausgerechnet werden, so dass die Verschiebung der Außenwerte der verschiedenen Waren gegeneinander die Einflüsse der Akkumulation und Produktivitätsentwicklung einerseits sowie der Veränderungen der Geldmenge (Inflation) andererseits – beim US-Dollar direkt, bei allen anderen Währungen durch den Filter ihrer Wechselkursveränderungen zum US-Dollar zeigt. Der gegenüber dem US-\$ steigende Außenwert der D-Mark drückt den durchgängig höheren Produktivitätsfortschritt der deutschen gegenüber der US-amerikanischen Industrie aus, der nicht durch höhere Inflationsraten konterkariert wird.

**Abbildung 6: Indizes der Währungsaußenwerte von US-Dollar und D-Mark, bereinigt um die Produktivitätskomponente beim Gold**



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten aus den Abbildungen 4 und 5

### 10.3. Preise

Damit kommen wir zu einem weiteren oben genannten Einflussfaktor für den Preisausdruck des BRD-Wertprodukts, denn die vorgenommene Differenzierung der Bestimmungsgründe des produktiven Arbeitsvolumens und der Wertentwicklung des Goldes erlaubt nunmehr einen alternativen Zugriff auf die Analyse der Preiseinflüsse. Die gängige Ermittlung und Messung der Preissteigerungsrate im Sinne der Verminderung der Kaufkraft einer (nationalen) Währungseinheit auf den Gütermärkten – die dann oftmals nicht nur als Teuerungsrate, sondern als Inflationsrate interpretiert wird –, ist wertthoeretisch inakzeptabel, wird doch mehr oder weniger offen mit der Fiktion eines gesamtwirtschaftlichen Realprodukts operiert, dem (nachträglich) ein Preis zugewiesen wird.<sup>21</sup> An die Stelle der Fiktion eines Realprodukts set-

<sup>21</sup> Sei  $w_i = p_i \cdot q_i$  mit  $q_i$  als Mengen- und  $p_i$  als Preiskomponente einer beliebigen ökonomischen Transaktion  $w_i$  und  $W = \sum w_i$  oder  $P \cdot Q$  als makroökonomische Größe (Sozialprodukt). Die Aufspaltung des Marktpreises  $w_i$  in die beiden multiplikativ miteinander verknüpften Komponenten ist sowohl von der Ermittlung her – hierbei handelt es sich um eine Schätzung – als auch hinsichtlich der Bestimmung des ‚Realprodukts‘  $Q$  bzw. seiner Veränderung im Zeitablauf (Qualitätsproblem) nicht nur theoretisch, sondern auch statistisch anfechtbar. Mitt-

zen wir nachfolgend die reelle Abstraktion eines gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises. Dieser ergibt sich, indem der Marktpreis des zyklischen Durchschnittswerts des Wertprodukts durch die Maßzahl des gesamtwirtschaftlichen Outputs dividiert wird; diese Outputmaßzahl wiederum basiert auf dem Index der Arbeitsproduktivität, genommen als Index der industriellen Nettoproduktion pro Beschäftigtenstunde.<sup>22</sup> Da zwischen der Entwicklung der Produktivität und der Entwicklung (Vermehrung) des stofflichen Outputs eine direkte Beziehung, zwischen Preis pro Outputseinheit, soweit aus hinzugesetzter lebendiger Arbeit bestehend (Wertprodukt), und Produktivitätsentwicklung eine direkt-inverse Beziehung besteht, gehorcht die zyklenübergreifende Entwicklung unseres gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises direkt und unmittelbar dem Wertgesetz.

Die Entwicklung des so definierten gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises ist in der Wirklichkeit stets das zusammengesetzte Ergebnis einer ganzen Reihe von Faktoren. Es lassen sich vier Gruppen von Einflussfaktoren unterscheiden und – ansatzweise – statistisch erfassen:

1. die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion;
2. die Entwicklung der Wertschöpfungspotenz der nationalen Arbeit im Verhältnis zur universellen Arbeit auf dem Weltmarkt,
3. die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der (Welt-)Goldproduktion, wenn festgehalten wird an der Wertmaßfunktion des Goldes als allgemeinem Äquivalent;
4. die eigentliche Inflationsrate im Sinne der Veränderung des Repräsentationsverhältnisses zwischen inkonvertiblem Papiergeld und dem allgemeinen Äquivalent als seiner Denominationsbasis.

Bei der Auseinanderlegung der Einflussfaktoren für die Preisentwicklung steht am Ausgangspunkt der jeweilige Marktpreis (Durchschnittspreis) im Sinne des Ergebnisses von zyklisch wirkenden Ausgleichsprozessen als realer, tatsächlicher Preis und im zyklischen Prozess heraus gebildeter Ausdruck der Wertproduktion. Die jeweilige Wirkung der einzelnen Preiseinflussfaktoren kann sodann jeweils vom (Ausgangs-)Zyklus zum Folgezyklus nachgewiesen werden. Das Inflationspotenzial für den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis wird als Restgröße ermittelt und einmal kumulativ für den langfristigen intertemporalen Vergleich zwischen Wertgrößen sowie zweitens auf den jeweiligen Vorzyklus (zyklische Verkettung) bezogen, ausgewiesen. Die zweite Darstellungsform erlaubt es, den Bogen zur ebenfalls kurzfristig ausgerichteten Geldpolitik der Zentralbank zu schlagen und die „marginale“ Inflationsrate mit den statistisch errechneten Preissteigerungsraten verschiedener Warenkörbe zu vergleichen. Um schließlich eine Analogie zu der in der Theorie üblicherweise getroffenen Voraussetzung konstanter Verhältnisse auf der Geldseite herzustellen, weisen wir zusätzlich einen gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis ohne Einfluss von Produktivitätsveränderungen des Goldes sowie der Inflation aus (Preis 2\*).

---

lerweile hat die amtliche Statistik die Preisbereinigung auf die jeweiligen Vorjahrespreise beschränkt, um das Qualitätsproblem zu verringern. Dies ändert jedoch nichts an der Unterstellung eines „Realprodukts“, nur die sich für längerer Zeitperioden potenzierende Fragwürdigkeit der Schätzung von Produkt- vs. Preisveränderungen wird verringert.

<sup>22</sup> Der Index der industriellen Nettoproduktion hat den Vorzug, dass er, soweit möglich, tatsächlich auf stofflichen Größen (Output bzw. Input pro Std.) beruht und auf die inkriminierten ‚Realgrößen‘ hauptsächlich für die Aggregation der einzelwirtschaftlichen Indizes (Gewichtung) zurück greift. Sein Nachteil liegt in der Überzeichnung der Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft, da er nur für industrielle Branchen erhoben wird.

**Tabelle 4: Einflussfaktoren des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises des BRD-Wertprodukts**

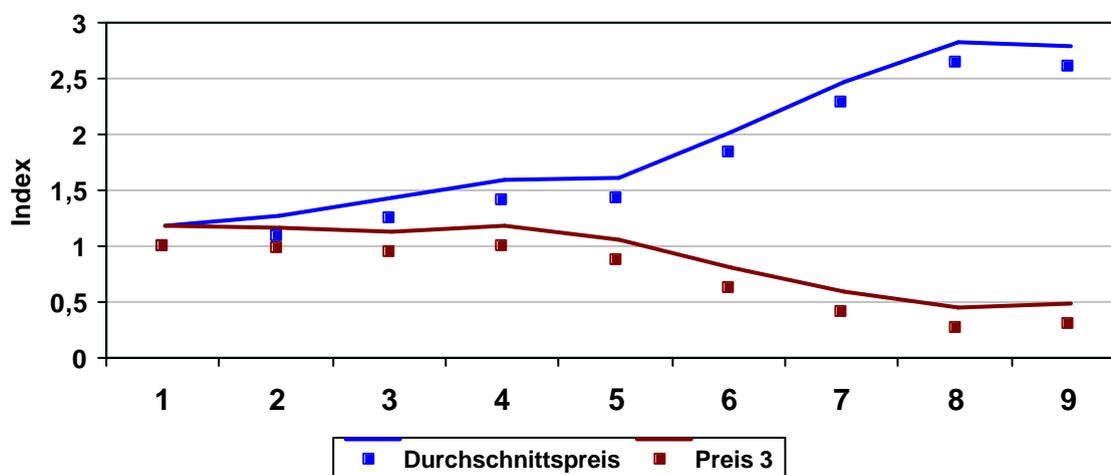
Zyklus	Preis 0		Preis 1	Preis 2	Preis 2*	Preis 3		kum.	zykl.
	Index	gg.Vj.	Index	Index	Index	Index	gg.Vj.	Inflation	Inflation
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
I.	1,00	-	1,00	1,00	1,00	1,00	-	-	-
II.	1,09	0,50	0,80	0,80	0,80	0,98	-0,40	0,11	2,40
III.	1,25	2,90	0,72	0,72	0,63	0,94	-0,80	0,31	3,15
IV.	1,41	2,50	0,73	0,74	0,60	1,00	1,50	0,41	0,50
V.	1,43	0,50	0,81	0,82	0,47	0,88	-3,00	0,55	4,25
VI.	1,84	7,00	0,72	0,74	0,40	0,63	-8,00	1,21	10,70
VII.	2,28	3,10	0,49	0,53	0,33	0,41	-5,80	1,87	7,80
VIII.	2,65	1,40	0,31	0,32	0,23	0,27	-3,60	2,38	4,00
IX.	2,60	-0,20	0,19	0,23	0,16	0,30	1,00	2,30	2,40

**Erläuterungen:**

- Spalten 2,3: Gesamtwirtschaftlicher Durchschnitts-(markt-)preis mit auf das Vorjahr bezogener zyklischer Veränderungsrate (p.a.-Veränderungsrate)
- Spalte 4: Preis(index) des Wertprodukts unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion
- Spalte 5: Einfluss der Außenwirtschaft auf Preis 1
- Spalte 6: wie Spalte 5, jedoch ohne Verkettung mit den Preiseinflussfaktoren aufseiten des Geldes, d.h. bei konstantem Goldwert und ohne Inflationseinfluss
- Spalten 7,8: Veränderung von Preis 2 (Spalte 5) durch Berücksichtigung der Goldwertentwicklung, d.h. „Goldpreis“ der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion inkl. p.a. Veränderungsrate
- Spalte 9: langfristig kumuliertes Inflationspotenzial als Differenz zwischen Preis(index) 3 (Spalte 7) und Preis(index) 0 (Spalte 2)
- Spalte 10: Inflation gegenüber dem jeweiligen Vorzyklus als p.a.-Veränderungsrate („zyklische marginale Inflationsrate“)

Quelle: eigene Berechnungen

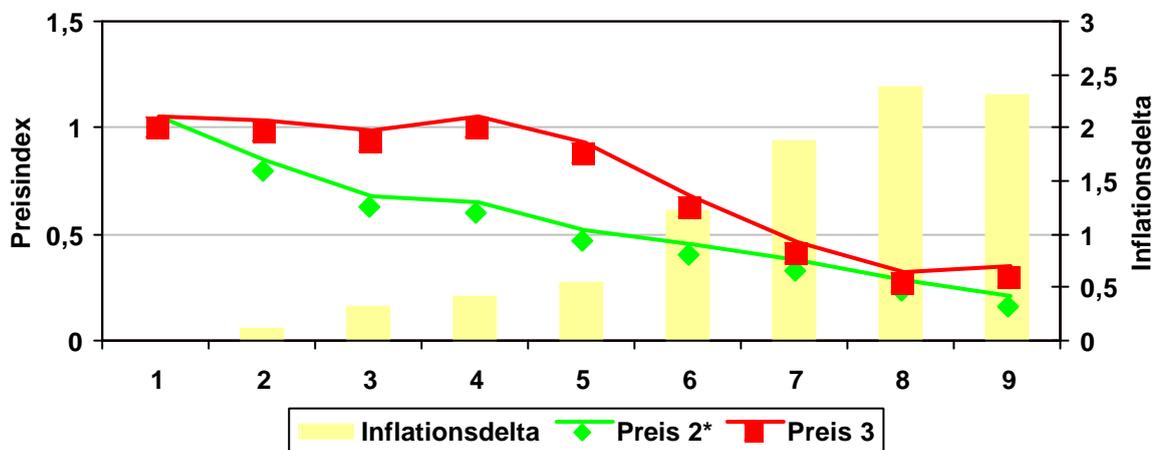
**Abbildung 7: Preisentwicklung**



Quelle: eigene Berechnungen

Der gesamtwirtschaftliche Durchschnittspreis für den auf neu hinzu gesetzte Arbeit entfallenden Anteil (Wertprodukt) steigt im gesamten Betrachtungszeitraum um etwas mehr als das Zweieinhalbfache. Als Marktpreis enthält dieser Preis 0 alle auf die Preisbildung einwirkenden Faktoren gesamthaft und ununterschieden: dieser Preis entspricht somit den Preisen, die das praktische Handeln sowohl der Privaten als auch der politisch einwirkenden Institutionen (Zentralbank) auslöst. Die weiteren Preisgrößen sind – theoretisch berechnete – Variablen, die jeweils einzelne Preisbestimmungsgrößen abbilden. Preis 1 ergibt sich aus der Produktivitätsentwicklung in der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion, Preis 2 mit zusätzlicher Berücksichtigung des Außenwirtschaftseinflusses. Die Produktivitätssteigerung der produktiven BRD-Nationalarbeit um rd. das Achtfache im Betrachtungszeitraum (vgl. Abbildung 4) würde im IX. Zyklus den Durchschnittspreis auf 16 vH seines Ausgangswertes im I. Zyklus reduzieren, wenn die Verhältnisse auf der Geldseite des Wertausdrucks konstant gesetzt werden (Preis 2\*).

**Abbildung 8: Preisbestimmungsgründe**



Quelle: eigene Berechnungen

Da diese Voraussetzung aber in der Wirklichkeit nur zufällig bzw. für kurze Perioden tatsächlich vorkommt, sind die auf der Geldseite spielenden Einflussfaktoren zu berücksichtigen: Preis 3 wäre der „Goldpreis“ unseres gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises, der bis inkl. des IV. Nachkriegszyklus wegen des Gleichschritts der Produktivitätsentwicklung bei deutschen Waren und (südafrikanischem) Gold eine Konstanz aufweist und sich erst mit dem V. Zyklus, ab dem die Einheit Gold gegenüber den deutschen Waren eine Aufwertung erfährt – relatives Zurückbleiben, teilweise sogar absoluter Rückgang der Produktivitätsentwicklung beim Gold –, verringert. Gleichwohl bleibt wegen der bis einschl. des IV. Zyklus bleibenden Konstanz dieses Preises, d.h. dem anderen Ausgangsniveau ab dieser Zeit unser Preis 3 immer noch über dem Preis 2\* (vgl. Abb. 8).

Die Differenz zwischen dem Ausgangs(markt)preis (Preis 0) und dem durch Produktivitätsentwicklung und Außenwirtschaftseinfluss bestimmten Preis 3 bezeichnet dann das sich von Zyklus zu Zyklus aufbauende inflatorische Potential der D-Mark als Repräsentativgeldwährung. Da die Werte vorliegend als Restgrößen ermittelt wurden, dürften sie das tatsächliche Inflationspotenzial wegen weiterer, vorliegend nicht erfasster Preiseinflüsse etwas überzeichnen. Dennoch ergibt sich, dass bis zum IV. Zyklus, also unter Bedingungen einer prosperierenden Akkumulation in den kapitalistischen Metropolen und eines funktionierenden Währungssystems fester Wechselkurse dieses inflationäre Potenzial noch gering ausgebildet ist;

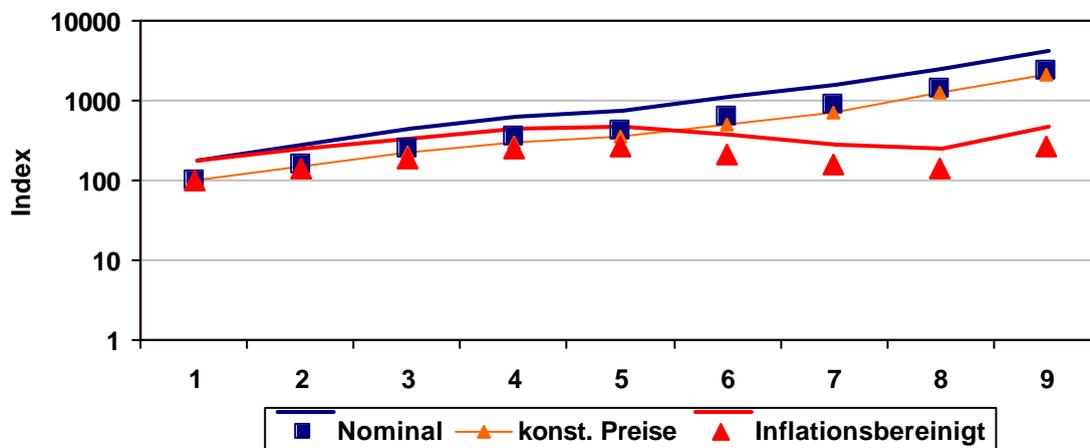
die marginale Inflation gegenüber den Marktpreisen des Vorzyklus dokumentiert diesen Sachverhalt noch deutlicher. Mit dem V. Nachkriegszyklus beginnt sich jedoch die Lücke zwischen beiden Größen deutlicher zu öffnen, um in der Folgezeit – mit Ausnahme des letzten erfassten IX. Zyklus – nochmals massiv zuzunehmen. Die marginale Inflationsrate ist dabei im VI. und VII. Zyklus am größten. Die Öffnung dieser Schere hat zum einen mit der differenziellen Produktivitätsentwicklung bei deutschen Waren und Gold zu tun, unterliegende Faktoren sind zweitens der vollzogene Übergang in eine strukturell anhaltende Überakkumulation von Kapital sowie eine Erhöhung der Wachstumsrate der (Zentralbank-) Geldmenge vom V. bis einschl. VII. Zyklus, namentlich bedingt durch kreditpolitisch nicht sterilisierte Devisenzuflüsse.

#### 10.4. Inflationsbereinigung

Die Identifikation der Veränderung des Repräsentationsverhältnisses zwischen allgemeinem Äquivalent und Repräsentativgeld als Inflation erlaubt in einem letzten Schritt eine alternative Preisbereinigung wertmäßiger Variablen vorzunehmen und somit zu intertemporalen Vergleichen innerhalb eines Akkumulationsprozesses zu kommen: Multiplizieren wir den – inflationsbereinigten – gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis mit der aus dem Produktivitätsindex abgeleiteten Maßzahl für die gesamtwirtschaftliche Outputsteigerung pro produktiver Arbeitsstunde, erhalten wir die Größe des Wertprodukts im inflationsbereinigten Preisausdruck (vgl. Abb. 9).

Der Index, der im Betrachtungszeitraum die Entwicklung des inflationsbereinigten Preisausdrucks der BRD-Wertprodukts anzeigt, zeigt sehr deutlich den Rückgang der tatsächlichen Wertproduktion mit dem Übergang des BRD-Kapitals in die strukturelle Überakkumulation ab dem VI. Nachkriegszyklus. Was im Marktpreisausdruck des Wertprodukts nur als Verlangsamung der Wachstumsrate erscheint, wird vorliegend als Verengung der produktiven Basis der Volkswirtschaft sichtbar. Die gleichzeitige produktivitätsbedingte Vermehrung der stofflichen Produktionselemente sorgt für eine weiter anhaltende Akkumulation ohne wertmäßige Expansion.

Abbildung 9: Wertprodukt – in Marktpreisen, konstanten Preisen und inflationsbereinigt



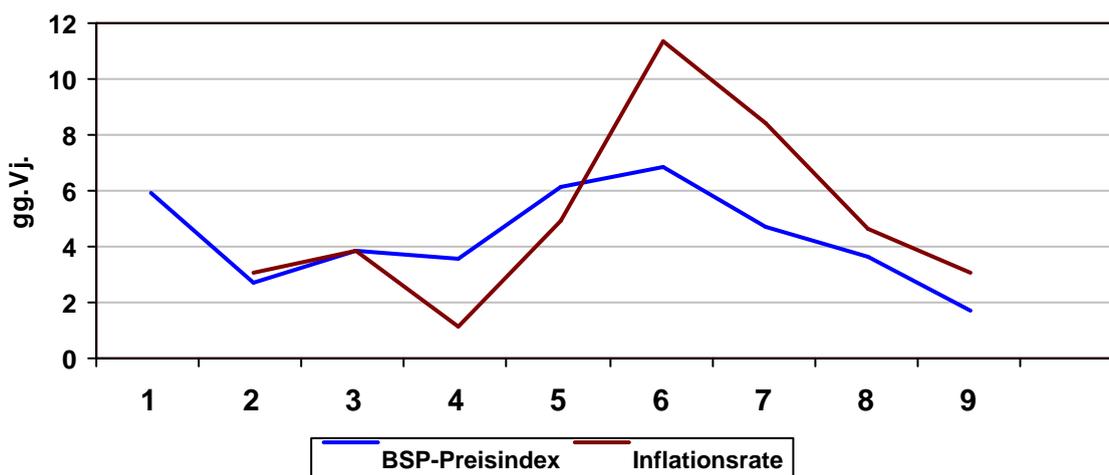
Quelle: eigene Berechnungen

Damit löst sich auch der prima facie vorhandene Widerspruch der vorliegenden Inflationsbereinigung zur statistischen Preisbereinigung im Sinne des Ausweises zu Preisen eines Basisjahrs (konstante Preis). Diese Konstruktion eines sog. Realprodukts (Warenkorb), dessen Preisentwicklung in eine sog. Real- und eine Preiskomponente differenziert wird, zeigt bei Herausrechnung der – geschätzten – Preiskomponente eine reale Vermehrung, die durch die Bewertung des Realprodukts zu Preisen eines Basisjahrs ausgedrückt wird. Dass qualitative Gebrauchswertveränderungen, i.e. -verbesserungen kurzfristig mit Wertsteigerungen einher gehen (können), ist dabei noch eine nachvollziehbare Unterstellung. Dass aber die bloße Vermehrung der Anzahl der Gebrauchswerte, also der primäre Effekt einer Steigerung der Produktivkraft konkret-nützlicher Arbeit als Wertvermehrung gefasst wird, ist werthoeristisch inakzeptabel, besteht doch der Effekt der doppelten Bestimmtheit der Arbeit gerade darin, dass ein gleich gebliebenes Quantum abstrakter Arbeit eine höhere Produktausbeute mit einem geringeren Wertanteil pro Einzelstück erbringt. Die statistische Praxis der Preisbereinigung identifiziert also Produktivitätssteigerungen unmittelbar mit Werterhöhungen, weil sie Gebrauchswert und Wert bzw. konkret-nützliche und abstrakt-menschliche Arbeit nicht differenziert, vielmehr konfundiert. Damit wird die Wertproduktion quantitativ erheblich überzeichnet.

Die sich bei der Schätzung der Aufspaltung des Marktpreises ergebende Preiskomponente misst sodann die Teuerungsrate von gleich eingeschätzten Produkten oder die Veränderung (Verringerung) der Kaufkraft einer Geldeinheit. Dies wird mit verschiedenen Preisindizes gemessen; der allgemeine ist der Preisindex des Bruttosozialprodukts.

Vergleicht man nun die Entwicklung dieses Preisindex mit der werthoeristisch begründeten Inflationsrate – hier: der ‚marginalen‘, d.h. von Zyklus zu Zyklus sich ergebenden Inflationsrate –, so zeigt sich, wenn auch auf verschiedenen Niveaus, ein durchaus analoger Verlauf (vgl. Abb. 10).

**Abbildung 10: BSP-Preisindex und marginale Inflationsrate**



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen